Thomas Kratzer
Ein Lehrer, Priester und Bürger seiner Stadt Schwäbisch Gmünd im ausgehenden 18. und im beginnenden 19. Jahrhundert

Hans-Helmut Dieterich

„Wohlgelehrt und geschickt, dann wer wenig kann, kann auch keinen docieren und unterrichten.“ [1]

A. Thomas Kratzer als Lehrer

1) Jugend und Studium

Thomas Kratzer wurde kurz vor Beginn des Siebenjährigen Krieges, am 7. Dezember 1755, in Schwäbisch Gmünd geboren. Sein Vater, Johann Georg Kratzer, war Hufschmied in der Josenvorstadt. [2] Die Familie war arm. Dennoch gelang es ihr, die Begabung des jungen Thomas zu fördern und ihm zu einer Ausbildung im Gymnasium der Franziskaner in Schwäbisch Gmünd zu verhelfen. 1773 ist sein Name als Mitwirkender bei der Herbstaufführung eines Schauspiels durch das Gymnasium zu finden.[3] Kratzer besuchte damals die Rhetorik-Klasse 2. Auch bei der Aufführung von 1774 wird er als Mitwirkender genannt[4], jedoch wird er damals im Verzeichnis der Mitwirkenden bereits als Theologiestudent bezeichnet.

Thomas Kratzer studierte an der Universität der Jesuiten in Dillingen Theologie, seinen Lebensunterhalt verdiente er durch Stundengeben. Von den Dillinger Theologiestudenten wurde erwartet, dass sie sich bei dem dort lehrenden Universitätsprofessor Schneller mit der österreichischen Schulpolitik befassten, welche inzwischen auch vom Augsburger Ordinariat übernommen worden war, denn bildungspolitische Reformmaßnahmen waren Kernanliegen und bedeutende Leistung der katholischen Aufklärung.

In Österreich war 1771 eine erste Normalschule im Primarschulwesen eröffnet worden. Im Jahr 1774 arbeitete sodann der Saganer Abt Johann Ignaz von Felbiger, der schon 1763 eine Schulordnung für Schlesien entworfen hatte, auf Wunsch der Kaiserin Maria Theresia eine „Allgemeine Schulordnung“ für das Primarschulwesen der österreichischen Erblande aus, welche am 6. Dezember 1774 in Kraft trat. Normal-, Haupt- und Trivialschulen wurden in sämtlichen Erblanden für Jungen und Mädchen mit gleichem Unterrichtsstoff,



Thomas Kratzer (1755 – 1824), Stadtpfarrer, Normalschuldirektor und Dekan des Landkapitels Gmünd, der zusammen mit Leonhard von Allé (1777 – 1857) die Taubstummenpädagogik in Württemberg einführte (Foto: Städtisches Museum Schwäbisch Gmünd).

gleicher Methode und vergleichbaren Schulbüchern für das 6.-12. Lebensjahr eingeführt. Die Trivialschulen in den kleineren Orten waren zweiklassig, die Hauptschulen in den größeren Orten dreiklassig. Felbigers Vorgehen setzte nicht auf das reine Auswendiglernen, sondern im Sinne der Zeit auf die verständliche Erklärung des Lehrstoffs durch die Lehrer. Parallel dazu verbesserte Felbiger daher auch die Ausbildung der Lehrer und versuchte außerdem auch, die Geistlichen, in deren Hand das Schulwesen seit der Gegenreformation hauptsächlich gelegen war, an den neuen Schulen fest zu etablieren. Er vertrat die Auffassung, Sorge um die Schule sei auch Seelsorge und erreichte schließlich gegen manchen Widerstand, dass in Österreich nur Kleriker die Priesterweihe erhielten, die einen pädagogisch-didaktischen Kurs erfolgreich besucht hatten. [5]. Besonders in den katholischen Territorien des Reiches trat die neue österreichische Schulauffassung ihren Siegeszug an. [6] Vom Bistum Augsburg und seinem Studenten Thomas Kratzer kam diese Schulauffassung nach Schwäbisch Gmünd.

2) Die Einrichtung der Normalschule in Schwäbisch Gmünd im Jahre 1778

Das Primarschulwesen in Schwäbisch Gmünd lag in dieser Zeit in gleicher Weise im Argen wie in anderen süddeutschen Reichsstädten und Territorien. Im Jahre 1778 unterrichteten in Gmünd sieben Lehrer etwa 240 Schüler in öffentlichen Schulen und vom Rat so bezeichneten Nebenschulen. Es ist davon auszugehen, dass es zwischen beiden Schularten keinen qualitativen Unterschied gab, sondern dass der Begriff der „öffentlichen" Schule für die Schulen galt, deren Lehrer von der Stadt ein Honorar für ihre Tätigkeit erhielten. Die Stadtrechnung von 1774 etwa führt bei den „gemeinen Bediensteten" vier „Schulmeister" mit einer jährlichen Besoldung von 30 fl auf. [7] Ein öffentliches Schulwesen im heutigen Sinne gab es in Schwäbisch Gmünd nicht. Die Lehrer an den genannten Schulen unterrichteten zu Hause, denn es gab in Gmünd auch kein öffentliches Schulgebäude für die Primarschulen. Die Lehrer hatten neben Naturalien feste Einkünfte von etwa 30 fl im Jahr. Auch wenn zusätzlich Schulgeld erhoben wurde, so waren dies doch Einkünfte, die denen eines Taglöhners vergleichbar waren.

Aus der Schülerzahl ist zu folgern, dass bei weitem nicht alle Gmünder Kinder zwischen dem 6. und 12. Lebensjahr eine Schule besuchten und so schätzte auch der Rat ihre Zahl im Jahr 1778 auf mindestens 450. Vermutlich ging eine große Zahl von Mädchen überhaupt nicht oder nur sehr kurze Zeit zur Schule. Es ist weiter anzunehmen, dass die Zahl der regelmäßigen Unterrichtsstunden gering war, denn die Lehrer mussten ihren Lebensunterhalt mit zusätzlichen Tätigkeiten sichern. So war es auch nicht verwunderlich, dass der Rat in § 22

seiner Neuen Schulordnung von 1778 feststellte, [8] dass man in den bestehenden Schulen der Stadt wenig lesen lerne, kaum lerne, leserlich zu schreiben, vielleicht nicht zu rechnen lerne, kurz: nichts lerne.

In dieser misslichen Situation gaben der 23-jährige Thomas Kratzer und mit ihm der Gmünder Syndicus und spätere letzte Amtsbürgermeister der Reichsstadt, Alois Beiswinger den Anstoß dazu, das österreichische Normalschulwesen auch in Schwäbisch Gmünd einzuführen.

Den Auftakt dazu machten „Praeliminaria" also vorläufige Regelungen des Rats vom 25. und 27. September 1778. [9]

Darin stellte dieser einleitend fest, dass das Gmünder Schulwesen entgegen dem Wunsch des Rats und der Geistlichkeit sehr gelitten habe. Eine Verbesserung sei auch am Mangel tauglicher Lehrer gescheitert und am Fehlen eines Mannes, der diese Lehrer zu einer besseren Lehrart befähige. Einen solchen Mann aber habe man nun in dem Theologiestudenten und Alumnus Thomas Kratzer gefunden. Er habe sich im augsburgischen Territorium mit der neuen österreichischen Methode vertraut gemacht und könne die Gmünder Lehrer in ihr unterrichten. Diesen Unterricht werde er gleich im Oktober den sieben Gmünder Lehrern in einem sehr komprimierten Kurs, begleitet von fachpraktischen Übungen mit den Schulkindern, erteilen.

Neben weiteren Details legte der Rat auch fest, dass mit Zustimmung des Stiftsdekans der Dillinger Katechismus im Unterricht Anwendung finden solle.

Eine Anhörung der Lehrer am 27. September ergab, dass diese „mit Freuden" nach der neuen Methode unterrichten würden. Nur der französische Sprachlehrer Kehringer, offenbar von ähnlich origineller Wesensart, wie sein Sohn, der nachmals bekannte Arzt, bat, ihn „mit dem teutschen Schulwesen zu verschonen".

In einem ausführlichen Dekret von 42 Seiten gab sodann der Rat bekannt, [10] dass die Normalschule nach der österreichischen Methode ihren Anfang am 3. November 1778 nehmen werde. In diesem Dekret schilderte der Rat zunächst den derzeitigen Zustand und kam zu dem Schluss, dass die Primarschulen in Gmünd mangelhaft seien. Der Rat betonte ausdrücklich den Anspruch der Jugend auf Bildung und stellte sodann den Unterrichtsstoff dar (§ 9). Dieser erstreckte sich auf die Kenntnis des Alphabets, des Buchstabierens und Syllabierens, des Lesens und Rechtschreibens, sowie auf Rechnen, Grammatik und Anleitung zum Schreiben von Briefen und Aufsätzen. Daneben wurden die Schülerinnen und Schüler mit den Regeln der „Wohlanständigkeit", dem Katechismus, der Religionsgeschichte und der Sittenlehre vertraut gemacht. Wohl wissend, dass das österreichische Unterrichtsprogramm der dreiklassigen Hauptschulen mit dem ebenfalls erteilten Unterricht in Naturwissenschaft, Haushaltungskunst, Geographie, Geschichte, den Anfangsgründen des Lateins, der Geometrie und Mechanik und der Erklärung der Evangelien umfangreicher war, wies der Rat darauf hin, dass der jetzige Unterrichtsstoff nur vorläufig so festgelegt sei, andererseits aber für die Schülerinnen und Schüler der wichtigste sei.

Der Unterricht sollte nach dem Willen des Rats in 6 Klassen vom 6. – 12. Lebensjahr erteilt werden. Je drei Klassen waren für Mädchen und Jungen vorgesehen (§ 11). In jeder Klasse waren also zwei Jahrgangsstufen vertreten. Unterrichtsort war das gerade neu errichtete Waisenhaus beim Hospital, der bisherige Unterricht in den Privatwohnungen der Lehrer wurde als nicht tauglich angesehen (§ 15). Die Zahl der Unterrichtsstunden pro Woche betrug 22.

In § 16 seines Dekrets führte der Rat verbindlich die Schulpflicht für Kinder beiderlei Geschlechts ein. Hausunterricht war nur durch Lehrer, die nach der österreichischen Methode unterrichteten, zugelassen. Die so unterrichteten Kinder mussten aber an den öffentlichen Prüfungen der Normalschule am Schuljahrsende teilnehmen und ihre Eltern mussten das festgesetzte Schulgeld von 12 kr pro Monat des Jahres dennoch bezahlen.

Die Finanzierung der Schule war für eine Reichsstadt mit einer seit vielen Jahrzehnten prekären Finanzlage ein Problem. Alois Beiswinger äußerte sich dazu in einem etwa gleichzeitig verfassten Traktat [11] dahingehend, dass er die bisherigen Zahlungen der Stadtkammerkasse an die Lehrer, ihre Naturalbesoldung sowie künftig auch die Kosten für das Unterrichtsgebäude, dessen Reparaturen und Heizung für Leistungen halte, die dieser Kasse in der Zukunft zumutbar seien. Da die Normalschule aber ganz andere Personalaufwendungen angesichts der viel höheren Schülerzahl und der größeren Zahl von Unterrichtsstunden erforderte, war leicht zu sehen, dass die Einnahmen aus dem Schulgeld nicht reichen würden, die Kosten der Schule zu decken, zumal auch klar war, dass für gut ein Viertel der Unterrichteten die Eltern das Schulgeld nicht aufbringen konnten. Beiswinger löste dieses Problem mit dem in Schwäbisch Gmünd seit langem bewährten Rückgriff auf die Pflegen und schlug vor, diesen zumindest die Zahlung des Schulgeldes für alle Kinder armer Eltern aufzuerlegen. Er hielt dies bei Pflegschaften, die über die Erfüllung ihres frommen Zwecks hinaus einen Überschuss erwirtschafteten, deshalb für vertretbar, weil es sich beim Schulwesen um eine „causa pia" handle, eine Argumentation, die immerhin einleuchten konnte.

Entsprechend diesen Vorstellungen beschloss der Rat am 4./6. Februar 1779, dass die Leonhards-Pflege ab sofort 120 fl jährlich an die Schulkasse zu entrichten habe.[12] Dabei blieb es bis zur Mediatisierung. [13]

Auch die Pflege St. Katharina wurde herangezogen und ihr angesichts ihres Vermögens der wesentlich höhere Beitrag von 480 fl pro Jahr auferlegt.[14]

Schließlich hatte das Hospital zum Hl. Geist jährlich zur Erhaltung der Schule vier Malter Frucht und acht Klafter Holz zu liefern. [15]

Wie bei allen neuen Einrichtungen von einiger Bedeutung gab es auch bei der Gmünder Normalschule anfänglich einige Schwierigkeiten. Die Schulgelderhebung mit 12 kr monatlich gestaltete sich trotz der Beiträge der Pflegen schwierig, denn viele Eltern zahlten nicht, zumal wenn mehrere ihrer Kinder gleichzeitig zur Schule gingen. Der Rat sah es auch als problematisch an, den Kindern das Schulgeld mitzugeben. [16] Wahrscheinlich waren die Kosten des Schulgelds auch Ursache dafür, dass viele Bürger ihre Kinder zunächst gar nicht in die Normalschule schickten. [17] So schaffte der Rat im April 1782 das Schulgeld ganz ab [18] und ersetzte es durch die Einführung eines ständigen jährlichen Beitrags jedes Bürgers und Beisassen an die Stadtkammerkasse. In zwei Raten an Georgi und Michaelis hatten die Betroffenen in 6 Klassen nach eigener Selbsteinschätzung wie bei der Steuererhebung zwischen Null und 60 kr zu bezahlen. Die Zahlungspflicht galt unabhängig davon, ob eigene Kinder zur Schule gingen. Die Rechnungen der Normalschule in den 90er Jahren des 18. Jahrhunderts zeigen, dass als Schulgeld auf diese Weise knapp 300 fl pro Jahr eingingen. [19]

Bemängelt wurde nach einer Äußerung Beiswingers auch die Qualität des Lateinunterrichts, woraus sich zugleich ergibt, dass dessen Angebot der Gründung der Normalschule sehr bald folgte. [20]

Am 22. April 1779 untersagte der Rat den Oberachtmeistern der Zünfte, einen Lehrjungen einzustellen, der nicht ein Zeugnis der Schulkommission über den ordnungsgemäßen Besuch der öffentlichen Schulen vorlege, [21] dem auch zu entnehmen sei, dass er im Christentum, Lesen, Schreiben und Rechnen „genugsam" unterrichtet sei.

Direktor der Normalschule wurde ab 1779 Thomas Kratzer, der nach seiner Ordination im September 1779 nach Schwäbisch Gmünd zurückkehrte. Kratzer unterrichtete noch im Jahr 1790, [22] danach war er nur noch als Direktor der Schule tätig. [23]

3) Die Normalschulen im Gmünder Territorium

Mit Ratsbeschluss vom 5. November 1783 wurde die Normalschule auch bei den Untertanen der Stadt auf dem Land, die ja etwa die Hälfte der gesamten Einwohnerschaft ausmachten, in 13 Orten eingeführt. [24] Der Rat ordnete für Jungen und Mädchen ab dem 6. Lebensjahr die Pflicht zum Schulbesuch bis zum Erreichen des 13. Lebensjahrs an. [25] Das Schuljahr dauerte mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der ländlichen Bevölkerung von Martini bis Georgi. [26] Von April bis November fand nur eine Sonn- und Feiertagsschule zur Wiederholung

und Festigung der erworbenen Kenntnisse statt. Der Ratsbeschluss sah ferner eine Einteilung der jeweiligen Schule in drei Klassen vor. Es ist aber davon auszugehen, dass in der Folge nur einklassige Schulen geführt wurden. Dies zeigen die Besoldungslisten mit je einem Lehrer in den einzelnen Orten und deren karges Salär mit meist nur 40 fl im Jahr. [27] Diese Besoldung erweist auch, dass diese Lehrer im Nebenamt arbeiteten. Aus den einzelnen Rechnungen ist zu schließen, dass häufig der Unterricht im Haus des Mesners stattfand und dieser auch gelegentlich Verwendung als Lehrer fand. Der Unterricht im Haus des Lehrers wurde ansonsten vermieden, die Rechnungen zeigen dazu nur einen Fall in Mutlangen. Von Spraitbach sind 1786 erhebliche Aufwendungen für bauliche Maßnahmen überliefert. [28] Das Promemoria vom 12.4.1785 [29] beklagte, dass es keinen Fundus für die Normalschulen auf dem Lande gebe. Die Untertanen würden mit einem Viertel einer Schatzung pro Jahr zu den Kosten beitragen, was bei weitem nicht reiche. [30] Um den „Zerfall" dieser Schulen zu vermeiden, billigte der Rat den Vorschlag, die Grundherren, also kirchliche Einrichtungen und die Stadt selbst, zur Finanzierung beizuziehen. Benötigt würden rund 350 fl pro Jahr. [31]

Auch auf dem Land sollten die Gemeinden die Bauten unterhalten, sowie der „Heilige", wenn in der Schule zugleich der Mesner wohne. Der Schulkommission solle bei ihren Besuchen der „dassige" Pfarrer das Essen geben oder die Schulkasse ein pauschales „Douceur" von 10 fl pro Jahr und Person. Die Pfarrer waren auch zur „Mitaufsicht" über das Schulwesen auf dem Land und zur Vertretung des Rats in Schulfragen ausdrücklich verpflichtet. [32] Die bestehenden rechtlichen Beziehungen zwischen Rat, Hospital und Gmünder Klöstern machten es ohne weiteres möglich, den Landpfarrern diese Verpflichtung aufzuerlegen.

Für alle Normalschulen in Gmünd wurde obligatorisch von den Brautpaaren ein Beitrag von 1 fl für diese Schulen verlangt.

Die Kassen der städtischen Normalschule, derjenigen auf dem Lande und der städtischen Zeichnungsschule glichen entstandene Defizite untereinander aus, wobei allerdings regelmäßig ein Zuschuss von der Kasse der städtischen Normalschule für die beiden andern Kassen geleistet wurde. [33]

Die erhaltenen Rechnungen der Jahre 1790-1794 zeigen, dass die Schulen einschließlich der Zeichnungsschule deshalb auch trotz des zerrütteten städtischen Haushalts finanzierbar waren, weil den Bürgern und den Untertanen zusätzliche zweckgebundene Lasten auferlegt wurden und weil sich andere Einrichtungen bereit erklärten, zur Finanzierung ihr Teil beizutragen.

Die Ausgaben für die Normalschulen auf dem Land betrugen gut ein Drittel von denjenigen der Normalschule in der Stadt. Dies war angesichts der Mehrklassigkeit der städtischen Schule und der Tatsache, dass dort sechs, oft auch

sieben Lehrer überwiegend im Hauptamt tätig waren, nicht verwunderlich.
Die Qualität der Normalschule wurde sehr bald anerkannt. Stiftspropst Franz Xaver Debler wies 1782 in einem Brief an das Augsburger Ordinariat nachdrücklich auf die nunmehr eingetretene Verbesserung im Schulwesen hin [34] und Franz Gottlieb v. Etzdorf sagt in seinem „Brief aus der Reichsstadt Schwäbisch Gmünd": „Indessen macht diese Anstalt [35] Gmündt immer Ehre." [36] Insgesamt war also die Einrichtung der Normalschulen ohne Zweifel ein beachtlicher Fortschritt gegenüber dem bisherigen Schulwesen. Dies gilt auch für den Umstand, dass die Stadt sich bereitfand, selbst in diesem Bereich für alle Kinder Verantwortung zu übernehmen.

4) Exkurs: Die Lateinschulen in der Reichsstadt

Lateinschulen sind in Reichsstädten schon im Mittelalter anzutreffen. Ein wesentlicher Unterrichtsgegenstand waren neben der Sprache die Religion und die Musik, da die Schüler auch bei den vielfältigen kirchlichen Feiern wichtige Aufgaben hatten.

In Schwäbisch Gmünd wird anlässlich einer Güterverleihung im Jahr 1189 der „scolasticus" Reinboldus erwähnt. [37] Eine Meßstiftung vom 23. November 1409 [38] spricht von der „Schule" zwischen der Pfarrkirche und den Augustinern, ebenso ein Grundstücksgeschäft vom 2. April 1432. [39] Die Pfarrkirche verkaufte damals an die Augustiner ihr Haus neben der Schule und gegenüber ihrem Kloster. Die Nähe der Schule zur Kirche weist auf deren enge Beziehungen zur Pfarrei hin. Es spricht Vieles dafür, dass die Schule exakt auf dem Platz stand, auf dem 1578 ein neues Gebäude für die lateinische Schule errichtet wurde, das heutige Stadtarchiv.

Die lateinische Schule erfuhr eine finanzielle Sicherung durch die Stiftung des Ansbacher Kustos Friedrich im Steinhaus vom 7. Februar 1416. Sein Vermächtnis hatte zum Inhalt, zwei Studenten durch ein Stipendium während der Dauer ihres Studiums zu unterstützen, dies verbunden mit einer Rückzahlungspflicht des Begünstigten. Ausdrücklich sah die Stiftung vor, mit ihren Erträgen auch zur Besoldung von Lehrern beizutragen.

Diese sog. Steinhausersche Stiftung nannte im Jahre 1450 immerhin 14 Fallgüter mit ca. 180 ha Fläche ihr Eigen. [40] Sie erreichte infolgedessen auch ihr Ziel der Besoldung von Lehrern. Die Beschreibung der Stiftung vom August 1748 [41] zeigt, dass die Besoldung des Praeceptors und des Cantors der Lateinschule von der Stiftung getragen wurde.

Die Lateinschule war durchaus ein beachtlicher Beitrag zu Kultur und Bildung in der Reichsstadt, aber schon auf Grund ihres zahlenmäßig schmalen Personalbestands in ihren Möglichkeiten begrenzt. Die Schule hatte einen

Lehrer und einen Cantor und ihr Zulauf muss daher auch bei anderen Klassengrößen wie heute gering gewesen sein. Diese Verhältnisse der Schule sind auch noch Ende des 17. Jahrhunderts festzustellen. Die „Revidierte Schulordnung von 1674" [42] zeigt auch, dass Unterrichtsstoff neben der Religion und der Musik nur die „regulae rudimentorum grammatices et syntaxeos" waren, also die Anfangsgründe von Grammatik und Syntax. Dieser Unterricht nahm üblicherweise drei Jahre in Anspruch. Auch in der Schulordnung von 1674 ist nur von einem Lehrer und einem Cantor die Rede.

So war es nicht verwunderlich, dass Konkurrenz auf den Plan trat und zwar von Seiten der Gmünder Franziskaner durch Einrichtung einer weiteren Lateinschule in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts. Schon etwa 100 Jahre vorher hatten die Gmünder Minoriten Privatunterricht erteilt. Bekannt wurde hierdurch zuerst Jakob Laib, ein streitbarer Guardian des Klosters um 1600. Wie es nicht selten geschieht, ist von diesem Unterricht über einen Umweg die Rede, nämlich wegen eines Spottgedichts zur Fastnachtszeit des Jahres 1610. Bruno Klaus schildert den Vorfall in seiner Abhandlung über die Gmünder Klöster. [43] Hier ist interessant, dass dieser Privatunterricht vier Gmünder Bürgersöhnen von Johannes Bulling, dem Lesmeister des Klosters erteilt wurde. Es ist nicht anzunehmen, dass dieser Unterricht in die förmliche Einrichtung einer Schule mündete. Dagegen spricht die personelle Not des Klosters in dieser Zeit ebenso, wie der kurz darauf beginnende 30-jährige Krieg.

Erst bei Felician Suevi, dem damaligen Guardian, finden wir kurz nach Kriegsende 1648 die Bemerkung, dass er einigen Gmünder Kindern Musikunterricht erteilte. Im Jahr 1652 ist dann in einem Brief der Gmünder Franziskaner an den Provinzial [44] die Rede von einer Schule im Kloster.

So ist sehr wahrscheinlich, dass eine Schule bei den Minoriten erst nach und nach in der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts Formen annahm, die diese Bezeichnung rechtfertigen. In den drei unteren Klassen, deren Lehrstoff auch die Städtische Lateinschule anbot, ergab sich dadurch offenbar, dass das Angebot nunmehr die Nachfrage in Gmünd überstieg. Jedenfalls gab es Meinungsverschiedenheiten zwischen Stadt und Kloster, die unter Mediation von Dekan Johann Michael Schleicher im Jahr 1706 verglichen wurden. [45] Beide Teile kamen überein, dass die Stadt auch künftig in den unteren drei Klassen [46] und die Franziskaner in den oberen drei Klassen unterrichten sollten. Die Schule der Franziskaner hatte in den folgenden 30 Jahren wechselhafte Schicksale. Zeiten der gänzlichen Aufgabe des Unterrichts wechselten mit Versuchen zum Neubeginn. [47] Erst ab 1736 wurde bei den Franziskanern wieder kontinuierlich Unterricht erteilt. [48] Im Jahr 1754 beschloss der Rat, ein „magnificum Gymnasium" neben dem Kloster in der Schmalzgrube einzurichten. [49] Fortan unterrichteten dort die Franziskaner bis zum Ende der Reichsstadtzeit. Die Städtische La-

teinschule dagegen verschwindet allmählich aus den Quellen. Beiswinger sagt von ihr in seinem Traktat zur Kostensituation der Normalschule, [50] sie sei „in Abgang gekommen". Die Besoldungsliste bei Bernritter [51] im Jahr 1803 bestätigt dies, denn in ihr taucht nur noch ein „Choridirector" auf, der zugleich als Lehrer der lateinischen Sprache für die „Anfangsgründe" bezeichnet wird.

Zu Beginn des Jahres 1802 wandten sich Jesuiten an den Rat, mit der Bitte, ihnen die Einrichtung einer Schule in Schwäbisch Gmünd zu gestatten. [52] Der Rat prüfte diese Frage ebenso gründlich wie hinhaltend, denn es war klar, dass diese Schule dem bestehenden Schulwesen, insbesondere dem Gymnasium der Franziskaner mehr schaden als nutzen würde. Entsprechend fiel auch die Reaktion der Franziskaner negativ aus. Die Frage wurde auf Rat des Augsburger Bischofs letztlich so entschieden, dass noch bei der kaiserlichen Verwaltung in Wien hierzu Rat eingeholt würde. [53] Weiteren Aufschluss geben die Quellen nicht.

5) Der Unterricht für Gehörlose und Hörgeschädigte in Schwäbisch Gmünd und die Errichtung der Taubstummenanstalt im Jahr 1817

Mit Mansuetus Franz, geboren 1742 in Schwäbisch Gmünd, später Franziskaner-Mönch und Professor am Gmünder Minoriten-Gymnasium begann die Geschichte der Hörgeschädigtenbildung in Schwäbisch Gmünd. Dominikus Debler berichtet in seiner Chronik von einem gehörlosen Gmünder Goldschmied namens Johann Kucher, den Mansuetus Franz Lesen, Schreiben und Rechnen gelehrt habe.[54] Da der Minorit ab 1772 als „Professor rudimentorum" im Gmünder Kloster unterrichtete, [55] muss dieser Unterricht etwa in jener Zeit erfolgt sein. Die Annahme, dass bereits in der Zeit ab etwa 1750 [56] Unterricht von Franz erteilt wurde, kann angesichts seines Geburtsdatums nicht stimmen. Der Franziskanermönch war in der Folge immer wieder im Gmünder Kloster tätig und zählte auch zu den Konventualen, die 1802 im Kloster weilten. [57] Dies und seine Lehrtätigkeit ab 1772 lässt den Schluss zu, dass er Thomas Kratzer als Schüler des Franziskaner-Gymnasiums zumindest kannte, wenn nicht unterrichtete. Daher ist auch anzunehmen, dass Kratzer von Mansuetus Franz beeinflusst war, als er 1807 begann, Gehörlose regelmäßig zu unterrichten. Er schildert diesen Beginn selbst, wie folgt [58]: „Schon im Jahr 1807 machte ich hier einen Versuch, drey taubstumme Mädchen zu unterrichten, den ich bis 1810 fortsetzte; allein mir nicht mehr so viel Zeit übrig blieb, diesem mühesamen Geschäft obzuliegen, so erhielt ich den allerhöchsten Auftrag, ein taugliches Individuum oder Subject vorzuschlagen, das einen solchen Unterricht übernehmen könnte." Der Gmünder Lehrer Leonhard Alle, geboren im Jahr 1777, der aus ärmlichsten Verhältnissen heraus es geschafft hatte, Lehrer

zu werden, schien Kratzer dieses „taugliche Subject" zu sein, den er deshalb dem Kirchenrat vorschlug. Der württembergische König Friedrich II. billigte in einem eigenhändig unterzeichneten Erlass den Gehörlosenunterricht zwar grundsätzlich, hielt ihn aber für zu kostspielig [59] und verband deshalb damit die Anfrage, ob der Unterricht nicht im Franziskanerkloster, unter Umständen auch mit dortigen Lehrkräften, abgehalten werden könne. Kratzer erwiderte, das Franziskanerkloster sei für einen Unterricht, der an Mädchen und Jungen erteilt werde, wegen der noch bestehenden klösterlichen Ordnung ungeeignet, hielt an dem Vorschlag Alles fest und regte an, diesen nach Freising abzuordnen, wo er seine Kenntnisse des Gehörlosenunterrichts an einer dortigen Einrichtung vertiefen könne. Dem gab der Kirchenrat nach einigem Hin und Her schließlich statt und entsandte Alle für sechs Monate nach Freising, nicht ohne ihn mit 250 fl Unterstützung mit der Bemerkung zu versehen, wenn dieses Geld länger reiche, könne er auch länger dort bleiben. [60]

Leonhard Alle wurde in Freising von der dortigen Schule sehr gelobt und nahm nach seiner Rückkehr den Unterricht in Gmünd auf. Der Kirchenrat sah sich vorderhand zwar nicht in der Lage, ein „Taubstummeninstitut", wie es damals genannt wurde, in Gmünd einzurichten, Alle wurde aber finanziell unterstützt, u.a. mit einem jährlichen Barzuschuss von 300 fl . [61] Zu dieser abwartenden Haltung mochte beitragen, dass die Zahl der Kinder, die Alle anfänglich unterrichtete, zwischen fünf und zehn schwankte, dies, obwohl durchaus auch Kinder aus anderen Städten und Gemeinden von Alle unterrichtet wurden. Doch nahm der Besuch der Schule zu und so konnte Dekan Kratzer, der stets die Oberaufsicht über das Schulprojekt hatte, im Dezember 1816 berichten, dass Alle jetzt sieben Kinder unterrichte und vierzehn weitere Kinder aufgenommen werden wollten. Kratzer schlug vor, nunmehr ein Taubstummeninstitut für 15 Kinder in einem Haus zu gründen, in dem anders als bisher auch genügend Platz sei, außerdem Leonhard Alles Besoldung auf 500 fl zu erhöhen und ihm einen Hausknecht und eine Magd zu bewilligen. Den Religionsunterricht für die katholischen Kinder könne er übernehmen. [62]

Mit Erlass vom 29. März 1817 teilte der Kirchenrat mit, der König habe am 20. März 1817 die Gründung des öffentlichen Taubstummeninstituts in Gmünd verordnet. [63] Gleich an den Eingang dieses Erlasses war die Bemerkung gestellt, die Taubstummenanstalt solle, „damit sie zugleich der ferneren Aufsicht und Leitung des Decans Kratzer genieße, vorläufig in Gmünd bleiben." Gmünd als vorläufiger Standort, dies war eine Bemerkung, die im künftigen Schriftwechsel immer wieder anklingt. Im Übrigen gab der Erlass Kratzers Vorschlägen im Wesentlichen statt. Er sah sogar ein etwas höheres Gehalt, nämlich 600 fl im Jahr vor, als dies Kratzer vorgeschlagen hatte und legte auch fest, dass ab einer Zahl von 16 „Zöglingen" Alle ein Gehilfe für den Unterricht beizugeben sei.

Für die „Oeconomie" des Hauses hatte nach damaligem Brauch Alle mit seiner Frau verantwortlich zu zeichnen. Für die ärztliche Betreuung war der Stadtphysikus vorgesehen. Ausdrücklich wurde die Einrichtung eines Krankenzimmers gefordert. Für den Zeichenunterricht waren Zeichnungslehrer Haas und für die Industriearbeiten der Mädchen die Klosterfrauen von St. Ludwig heranzuziehen, was deren Auslastung ohne Zweifel verbesserte. Der Religionsunterricht für die katholischen Kinder war von Dekan Kratzer zu erteilen, derjenige für die evangelischen Kinder vom evangelischen Stadt- und Garnisonsgeistlichen. Der Kirchenrat war schließlich der Auffassung, dass das Gebäude der Fuggerei sich für die Aufnahme des neuen Instituts eigne.

Dieser Gedanke wurde jedoch nicht weiter verfolgt, da man zu der Auffassung kam, die Fuggerei dann aufstocken zu müssen. Auch weitere denkbare Standorte, wie das ehemalige Dominikanerkloster und das Franziskanerkloster wurden als ungeeignet verworfen. Sehr bald wurde insbesondere nachdrücklich von Thomas Kratzer das heute sog. Deblersche Palais in der Bocksgasse in Betracht gezogen. Doch kam es zu einem Standort, den man als mittelfristig endgültig bezeichnen konnte, vorläufig nicht. Dazu mochte neben dem Überangebot an leer stehenden Gebäuden in Gmünd, was die Entscheidung immer erschwert, auch beigetragen haben, dass der Kirchenrat das neue Institut zugleich mit einem solchen für blinde Kinder verbinden wollte. So mietete Alle, letztlich mit Billigung des Kirchenrats, im Herbst 1818 wiederum ein Haus in der Stadt, das für die Aufnahme von zehn Kindern geeignet war. Weitere konnten bei Familien in der Stadt untergebracht werden. Die kleine Einrichtung war somit zunächst gesichert, was nicht selbstverständlich war, denn sonst hätte Kratzer nicht im April 1819 König Wilhelm I. geschrieben [64], „ da bekannter Maasen Gmünd nicht mehr bestehen kann und seinem gänzlichen Verderben entgegen sehen muß, wenn nicht auf Maasregeln gedacht wird, womit sein elender Zustand verbessert werden möchte, wie es Eurer kön. Majestät schon öfters in aller Untertänigkeit vorgestellt u. von Allerhöchstdenselben auch anerkannt wurde: so ist dieses ein neuer Beweggrund, besagte Anstalt hier allergnädigst zu belassen, um einige Hilfe durch diese Anstalt zu verschaffen." Kratzer verwies auch darauf, dass Gmünd die Stadt war, in welcher im Württembergischen der Anfang für einen Gehörlosenunterricht gemacht worden war.

Dieser Hinweis Kratzers belegt ein weiteres Mal, dass er sich stets mit allen Kräften für seine Heimatstadt Schwäbisch Gmünd einsetzte. Die Quellen zum Gehörloseninstitut zeigen auch, dass es Kratzers maßgebliches Verdienst war, dass die Einrichtung in Gmünd endgültig verblieb und drei Jahre nach seinem Tod im Jahre 1827 schließlich auch mit dem Deblerschen Palais einen dauerhaften Standort fand.

B. Kanonikus, Stiftspropst und Stadtpfarrer in Schwäbisch Gmünd

„Ohne Familie, ohne Ansehen kann
keiner ein richterliches Amt
verwalten in einer Reichsstadt
Schwäbisch Gmünd." [65]

I – Gesellschaft, Religion, Moral, Ehe und Familie

Betrachtet man die verschiedenen Tätigkeitsbereiche von Thomas Kratzer, so erweisen alle, dass er ein Mann von hervorragender Sachkenntnis, großem Fleiß und entschiedener Grundsätze war. Dies galt nicht zuletzt auch für seinen Hauptberuf, den des Priesters.

Diesen Beruf übte er über 40 Jahre bis zu seinem Tod im Jahr 1824 in Schwäbisch Gmünd aus. Diese Zeit war für die Stadt zwischen Aufklärung, Revolution und Mediatisierung eine Zeit des Umbruchs in vielen Bereichen. Noch dazu litt die Stadt seit langen Jahren auch unter großen inneren Spannungen, welche wesentlich auf die zerrüttete Finanzlage der Stadt, die Armut vieler Bürger und den Reichtum Weniger zurückzuführen waren.

Diese hausgemachten Probleme erschwerten es der Bürgerschaft und ihrer Regierung zusätzlich, sich in der erforderlichen Weise mit all` dem zu befassen, was neu von außen auf sie zukam. Probleme, die wohl nicht nur aus heutiger Sicht als Nichtigkeit erscheinen, beschäftigten durchaus den Geheimen Rat, das wichtigste Gremium der Stadt. Noch 1802 beklagten sich die Vorsteher der „Beckenprofession" über die Backproduktion einer ehemaligen „Beckin", die Backwerk öffentlich verkaufe, obwohl sie keine Steuer zahle und eine Hospitalpfründe genieße. [66] Der salomonische Ratsbeschluss war, dass die Witwe „Kastenbrot und Gogelhopfen" backen, aber nicht öffentlich verkaufen dürfe. [67] Und kurz vor der Inbesitznahme der Stadt durch Württemberg zeigten der Kaufmann und Chronist Dominikus Debler und Achilles von Stahl beim Rat fremde hausierende Zitronenhändler an, die ihnen das Geschäft mit diesen Früchten verderben würden. [68] Nicht umsonst zeigen wohl auch die Ratsprotokolle aus den letzten Jahren vor der Mediatisierung eine vorsichtig zurückhaltende und vorsichtig abwehrende Haltung der Bürgermeister und des Rats gegenüber Neuem. Kennzeichnend für diese Haltung ist die Amtsführung des letzten Amtsbürgermeisters Alois Beiswinger, der wegen seiner unbestreitbaren Fähigkeiten und Kenntnisse durchaus respektiert, aber wohl auch nicht sonderlich beliebt war. Die Familie Beiswingers war mit der Familie Kratzers verschwägert, wenn nicht verwandt, wie sich aus dem Kratzerschen Familienstammbaum ergibt. [69] Eine Theresia Beiswinger war Patin von Thomas Krat-

zer. Die ganz offenbar verständnisvolle Zusammenarbeit zwischen dem Amtsbürgermeister und dem Stiftspropst wird daraus zusätzlich zu erklären sein.

Dennoch gab es die neuen Ideen und Vorstellungen und Personen, die sie vertraten, auch in Schwäbisch Gmünd. Zu nennen ist etwa der Buchdrucker Johann Georg Ritter, der vor und nach der Mediatisierung für die Reichsstadt ebenso wie für Private Druckaufträge erledigte, der aber auch Bücher und Zeitschriften herausgab. Ritter betrieb auch eine Leihbücherei, was den Einfluss neuer Ideen begünstigte. Am 7. Januar 1801 erschien im Verlag Ritters die von Johann Gottfried Pahl, damals noch Pfarrer in Neubronn, verfasste erste Ausgabe der „Nationalchronik der Teutschen". Die finanziellen Probleme, die damit verbunden waren, lösten Ritter und Pahl so, dass Pahl umsonst schrieb, Ritter umsonst druckte und beide etwa verbleibende Erlöse untereinander gerecht aufteilten. Nicht nur in Gmünd wurde die neue Zeitschrift eher als Sensation empfunden. Gründe hierfür sprach Pahl mit der Bemerkung an, dass die Reichsstadt in jener Zeit vor allem wegen ihres schlechten Silbers bekannt war und nicht wegen ihrer Liberalität und so, mit den Worten Pahls, „als obscurer Verlagsort" galt. [70] Doch war Gmünd auch ohnehin wenig bekannt, wie eine Rezension der Nationalchronik im „Neuen Teutschen Merkur" Christoph Martin Wielands im fernen Weimar zeigt. [71] So erfreulich positiv nämlich diese Rezension war, so wird aus ihr doch auch deutlich, dass dem Rezensenten der Verlagsort selbst recht fremd war. In der Reichsstadt löste die Zeitschrift nicht nur Stolz und Begeisterung aus, denn es gab im Heiligen Römischen Reich ja noch die Zensur und damit auch die Frage eines Einschreitens gegen das Druckwerk, die sich auch deshalb stellte, weil in Gmünd Beschwerden von größeren Territorien befürchtet wurden. Dem Bürgermeister Beiswinger wird von Pahl in seinen Denkwürdigkeiten attestiert, [72] dieses Problem in einer Weise gelöst zu haben, die man nicht allein für seine Amtsführung als beispielhaft bezeichnen kann. Er soll nämlich auftretende Bedenklichkeiten mit der Bemerkung abgewehrt haben, wenn die Stadt die Zeitschrift zensiere, so habe sie auch die Verantwortung, zensiere sie nicht, so habe der Verfasser die Verantwortung.

So bedeutsam die Persönlichkeit Ritters für Gmünd war, so ist doch auch nicht zu übersehen, dass er es in der Stadt nicht leicht hatte, dies insbesondere nach der Mediatisierung. Dies bekam auch Pahls „Nationalchronik der Teutschen" zu spüren, als sie 1809 von der württembergischen Regierung verboten wurde. So ist es nicht verwunderlich, dass Ritter 1824, immerhin schon 52-jährig, nach Philadelphia auswanderte. [73]

Joseph Kehringer, Stadtphysikus und Sohn des französischen Sprachlehrers, war ebenfalls eine Persönlichkeit, die im ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhundert mit den neuen Ideen der Zeit in Verbindung gebracht wurde.[74] Seine Persönlichkeit ist schwer zu fassen, was sich auch an vielen nicht belegbaren wenn auch teilweise amüsanten Anekdoten über ihn zeigt. Ebenso unklar, aber auch sprunghaft erscheint auch sein Lebenslauf, ohne dass auf ihn hier einzugehen ist. Kehringer gründete noch in der Reichsstadtzeit eine Theatergesellschaft, die bald wieder ihre Tätigkeit aufgab. Gleiches gilt für eine Lesegesellschaft, die Eigenheiten der Zeit entsprechend im Verborgenen wirkte, was ohne Zweifel in einer Kleinstadt zu vielen interessanten Spekulationen Anlass gab. Kehringer provozierte auch gerne, ob es nun Bürger, Verwaltung oder Geistliche waren und scheint mit Interesse ausgelotet zu haben, wieweit er dabei gehen konnte. Dadurch kam es zu manchem eigentlich überflüssigen Ärger, der noch dazuhin konservativen Bedenklichkeiten in der Stadt neue Nahrung gab. Und so war auch nicht erstaunlich, dass die Ratsprotokolle berichten, dass der Advokat Eisele den Arzt als „Pasquillanten, Schurken, Verleumder und Gotteslästerer" beschimpfte, was dieser prompt mit einer Beleidigungsklage quittierte. [75] Doch war Kehringer andererseits als Arzt in späteren Jahren hoch angesehen und am Gedeihen der Stadt ebenso interessiert, wie er die Verdienste Anderer hieran zu würdigen wusste.

Der Advokat Mühleisen ist im Zusammenhang mit Kehringer, weil ihm ganz offenbar verbunden, ebenfalls zu nennen. Er war auch Geschäftsführer der bürgerlichen Syndici und Repräsentanten.

Hohe Aufmerksamkeit in Gmünd fand aber auch Johann Thomas Vogt, [76] ein jüngerer Kollege von Thomas Kratzer, Direktor der Gmünder Normalschule, Kanonikus an der Stiftskirche und später Regens am Priesterseminar in Rottenburg. [77] Zahlreiche Predigt- aber auch Gebetbücher von ihm, erschienen bei Ritter, existieren noch. Seine Predigten erweisen eine große Beredsamkeit und die Gabe einer sehr schönen und in die Tiefe gehenden Formulierung und dürften auf die Zuhörer daher sehr eindrucksvoll gewirkt haben. Vogt „wollte das reine Christentum lehren, nicht unnütze eitle Mährchen..." [78] Vogt, der in Dillingen studiert hatte und dessen Lehrer Johann Michael Sailer gewesen war, fand denn auch hohe Anerkennung bei der württembergischen Organisationskommission, die ihm „vernünftigen Volksunterricht" ebenso bescheinigte, wie „schöne, herzliche und moralische Predigten." [79]

Zu nennen ist schließlich Wenzel Aloys Stütz, ebenfalls Stadtphysikus in Gmünd, der hohes Ansehen in der Stadt wegen seiner ärztlichen Tätigkeit und über ihre Mauern hinaus wegen seiner wissenschaftlichen Veröffentlichungen genoss.

Doch lebten auch Persönlichkeiten in der Stadt, die Hergebrachtes hochhielten, ohne dass man sie deshalb als reaktionär charakterisieren müsste. Franz Xaver Debler, [80] der zweite Gmünder Stiftspropst und zuverlässige Chronist seiner Heimatstadt ist ein Beispiel dafür. Er war bei aller Verwurzelung in den

oberen Familien der Stadt, die bei seiner Herkunft verständlich war, ein durchaus aufmerksamer Beobachter und auch präziser Kritiker der Gmünder Verhältnisse und scheute sich auch nicht, die religiösen Gepflogenheiten der Zeit anzupassen. Dies zeigt etwa seine Haltung gegenüber den vielfältigen Gmünder Bräuchen in der Karwoche, deren Begleiterscheinungen in seiner Zeit zunehmend Kritik erfuhren, sodass der Stiftspropst im Jahr 1783 Änderungen in der Art durchführte, dass die Prozession am Karfreitag nur noch als „ganz stille" Bet- und Bußprozession erfolgte, das bisher übliche Geißeln, Kreuztragen und alle „Vorstellungen verkleideter Personen" aber unterblieben. Debler berichtete darüber an das Augsburger Ordinariat, dem diese Änderungen wichtig waren und fügte hinzu, der „widersinnige Pöbel" habe allerdings derbe Reden geführt, worunter er am meisten zu leiden gehabt habe. [81] Der Rat seinerseits hatte im April 1783 in einer Ratssitzung zum Ausdruck gebracht, es gebe „bewegende Ursachen" für eine Abschaffung des Passionsspiels am Gründonnerstag und Karfreitag, zumindest des nächtlichen Teils, [82] man wolle sich aber einer Aufführung in diesem Jahr nicht widersetzen. Es sollten sich aber weder Personen blicken lassen, die in „Todts noch Teufels Kleydung verhüllt" seien, noch bei der stillen Bet- und Bußprozession „sprechende oder figurierende Persohnen" und auch keine „Creuzschleiffer, Ausspanner und Flagellanten."

Dass der Stiftspropst Kritik wegen der Änderungen bei der Prozession erfuhr, war nicht verwunderlich, denn ein großer Teil der Bevölkerung war den überkommenen religiösen Bräuchen noch sehr stark verbunden. Das religiöse Brauchtum und die damit verbundenen Feiertage, Festtage und Prozessionen waren allerdings so umfangreich, dass bei manchem der eigentliche Glaube dabei zu kurz gekommen sein mag und eher veräußerlichte Frömmigkeit vorlag, doch lässt sich trefflich darüber streiten, wann davon gesprochen werden darf und wann nicht. Das gilt auch für den im Jahr 1802 noch geübten alten Brauch, dass die Ratsherren in der ersten Sitzung des Jahres „mit gebognen Knien" das gewöhnliche Gebet verrichteten. [83]

Dementsprechend gab es auch sehr negative Berichte aus jener Zeit über die Stadt, die auch deshalb mit einer gewissen Vorsicht zu behandeln sind, weil sie aus dem Altwürttembergischen stammen, wo man Reichsstädten ohnehin mit grundsätzlicher Skepsis gegenüber stand. So berichtet Philipp Ludwig Hermann Röder, ein Reiseschriftsteller und zugleich evangelischer Geistlicher im damaligen Herzogtum Württemberg 1804 über Gmünd, man finde nirgends mehr Bettler als in Gmünd und: „Eine besondere Art von Bettlern findet man hier, dieses sind die Kirchenbettler, welches Amt meist alte häßliche Weiber versehen." Röder fährt nach weiterer Kritik fort: „Die meisten Handwerker arbeiten nur den Vormittag, des Nachmittags sind sie beim braunen Bier oder auf Wallfahrten... In der Stadt Gmünd sind zu 5600 Seelen 18 Kirchen, von

deren Thürmen ein immerwährendes Geklingel ertönt, welches die Leute einladet, von der Arbeit weg und in die Kirchen zu laufen... Nirgends sind auf einem Punkt so viele berühmte Wallfahrten als um Gmünd,... die von ganzen Scharen nicht wegen der Andacht besucht werden, sondern um die Zeit zu verderben und sich Vergnügen zu machen." Röder schließt seine Kritik mit der Bemerkung: „Werden nun nicht diese Quellen des Müßiggangs verstopft, diese 18 Kirchen bis auf 2 oder 3 geschlossen und die Wallfahrten, Prozessionen und Feiertage aufgehoben, so wird Gmünd auch bei allen Bemühungen für die Industrie nie wieder zu seinem ehemaligen Wohlstande kommen." [84]

Die württembergische Organisationskommission schreibt zu den gleichen Themen 1802/1803, es gebe wenig Reiche in Gmünd, trotzdem gebe es einen Hang zum Wohlleben und Luxus und der Gmünder „Gentleman" gehe zweimal am Tag in die Wirtschaft, abends mit Frau und Kindern, esse und trinke vom Besten. Die Folge seien Armut und Verschuldung, auch durch „schwunghaftes Hasardspiel" unter ihnen und „ihren Weibern". [85] Es sei ferner des Kirchlaufens, Rosenkranzbetens und Beichtens kein Ende, der Kapuziner im Beichtstuhl schreibe dann sechs Wallfahrten auf den Salvator vor, wo die damit verbundenen Gebete dann „abgehaspelt" würden. Der Bericht schließt damit, dass ansonsten der Gmünder ehrlich, willig, folgsam und gehorsam sei. [86]

Diese harte Kritik [87] ist sicher nicht allein damit abzutun, dass in Altwürttemberg eben grundlegend andere Lebensgewohnheiten herrschten und dass hier in übertriebener Weise aufklärerische Gedanken die Feder führten. Sonst hätte nicht auch Stiftspropst Franz Xaver Debler in seiner Chronik das Wohlleben der Gmünder kritisiert [88] und es hätte in der Fastnacht 1802 nicht 25 Maskenbälle in 45 Tagen gegeben [89] und man hätte auch um 1800 nicht eine ganz stattliche Zahl von Glücksspielen gekannt. [90] Ansonsten hätte schließlich der ebenfalls überzogener Kritik unverdächtige Johann Thomas Vogt in seinen Predigtbüchern nicht davon gesprochen, er wolle nicht gewaltsam niederreißen, sondern „lieber das morsche Gebäude untergraben, bis es von selbst zusammen stürzt." [91] Und in der 2. Auflage seines Predigtbuchs fügte er zu entsprechender Kritik hinzu, nur das wolle er niederreißen, was auch Petrus und Paulus zu ihrer Zeit schon gerne niedergerissen hätten. [92]

Dass die altwürttembergische Kritik Tatsachen beim Namen nannte, wenn auch in überspitzter Form und in unkritischer Vermengung von echter Frömmigkeit, und manchmal verwunderlichen Bräuchen, zeigt auch die Beisetzung von Maria Theresia Debler. Sie war eine Bürgerin jener Zeit von außerordentlicher Großherzigkeit. Das Benefiziathaus am Salvator ist bis heute sichtbares und erfreuliches Zeichen dieser Großherzigkeit, Sie war aber in ehrenwerter Weise auch den hergebrachten religiösen Bräuchen und den hergebrachten Sitten fest verpflichtet.

Das zeigt ihr Testament vom 8. Januar 1773. [93] Sie legte darin fest, was nach ihrem Tod zu geschehen hatte. Dazu gehörten insgesamt 1181 gelesene heilige Messen, je ein musikalisches Seelamt in drei Klosterkirchen und die Teilnahme von 67 Priestern und Mönchen sowie 16 Laienbrüdern aus den vier Männerklöstern an ihrem Leichenbegängnis. Sie bestimmte ferner fromme Vermächtnisse an Klöster, Wallfahrtsorte, kleine Kapellen, vergaß aber auch das Gmünder Waisenhaus und die Armen der Pfarrei nicht, letzteres verbunden mit dem Wunsch, dass gesunde Arme an den Messen zu ihrem Seelenheil teilnehmen möchten. Man erinnert sich hier daran, dass um das Jahr 1800 die zehn Kanoniker der Pfarrei nicht weniger als 2112 heilige Messen im Jahr lasen, die in Jahrhunderten gestiftet worden waren. [94]

Maria Theresia Debler ist aber ferner auch eine der wenigen Frauen, deren Name in der Gmünder Geschichte jener Zeit oft genannt wird. Dies zeigt, dass es auch in Schwäbisch Gmünd noch keine Ansätze für aktive Lebensmodelle von Frauen gab, abgesehen von dem traditionellen der Ehefrau, Mutter und Helferin ihres Mannes in seinem ausgeübten Beruf. Das erweisen auch die Bürgerlisten der Stadt. Bürger waren die Männer, Frauen waren allenfalls in einer unteren zweistelligen Zahl Bürgerinnen, also insofern die Ausnahme. Daneben sind Gmünder Frauen noch als Mitglieder der beiden Gemeinschaften in Gotteszell und im Klösterle namhaft zu machen. Frauen lebten, sie wären denn Witwen gewesen, in der Regel auch nicht allein. Die Einführung der Schulpflicht für Mädchen auch in der Reichsstadt war nach all dem ein verdienstvoller Ansatz, konnte aber nur ein erster Schritt zu einer notwendigen Änderung der Verhältnisse sein.

Thomas Kratzer erkannte ohne Zweifel diese bestehenden Verhältnisse sehr klar. Dies war ihm umso eher möglich, als er auf Grund seiner Herkunft aus einer armen Schicht der Bevölkerung mit diesen Verhältnissen schmerzhafte Erfahrungen gemacht hatte. Die Äußerungen von Dominikus Debler in seiner Chronik, nahezu gleichaltrig [95] und daher sicher auch ein Schulkamerad im Franziskaner-Gymnasium, erweisen dies, hebt doch Debler immer wieder bei aller Anerkennung der Leistungen Kratzers dessen kleine Herkunft und angeblich geringe Weltläufigkeit hervor. [96]

Kratzers Lösungsansatz in einer Zeit des Umbruchs war der, hergebrachte und tragfähige Grundsätze des Zusammenlebens in der Stadt aufrecht zu erhalten, dies sicher aus seiner eigenen Überzeugung heraus, aber auch in der Hoffnung, damit die Strukturen der bürgerlichen und christlichen Gemeinschaft zu stärken. Als Priester gehörten für ihn dazu selbstverständlich Ehe und Familie, die Heiligung des Sonntags und die Unterlassung von Spott über die Religion. Es gehörte für ihn dazu aber auch eine intensive Sorge und Fürsorge für die zahlreichen armen Bürger und Beisassen in der Stadt. [97] Das erweisen nicht nur seine Leistungen für das Schulwesen in der Stadt, sondern auch der damit verbundene Schriftwechsel, in dem man immer wieder den Hinweis auf das Unglück vieler Armer findet und die unbedingte Notwendigkeit, auch im Interesse des Staatswesens etwas zur gründlichen Verbesserung ihrer Umstände zu tun. In der sozialen Fürsorge, die Kratzer sehr umfassend weit über die unmittelbar existenzielle Not hinaus verstand, zeigt sich ein weiteres Mal seine Verankerung in der katholischen Aufklärung, deren weiteres Kernanliegen eben diese Fürsorge war. Kratzer erstellte daher auch nach seiner Wahl zum Stellvertreter des Stiftspropsts im Juli 1797 [98] zusammen mit der Verwaltung ein „Seelenverzeichnis" mit einer summarischen Tabelle über den Zustand der Einwohner.

Aus dieser Grundauffassung heraus wandte er sich wiederholt an den Rat der Stadt und nach der Mediatisierung an die Verwaltung des Königreichs Württemberg. Genannt sei ein Schreiben an den Rat von 1798 [99], in dem er das Zusammenleben lediger Bürger und Beisassen mit „ausherrischen ledigen Weibsbildern" scharf kritisierte und hinzufügte, dass dies für Christen zum Ärgernis sei und „Unverdorbene" zur Nachahmung anrege. Er gab auch zu erwägen, das „eigenbrödlerische" Alleinleben Lediger zu untersagen und Fremde, die so leben würden, notfalls zum Verlassen der Stadt aufzufordern.[100] Der Rat reagierte auf Kratzers Schreiben von 1798 rasch, lud auch die von ihm genannten Paare vor und untersagte einem Paar das Zusammenleben bis zur beabsichtigten Hochzeit, doch ist den Protokollen nicht zu entnehmen, wie im Übrigen weiter verfahren wurde.

Zum ganzen Thema ist der Stand der damaligen Gesetzgebung ebenso zu bedenken wie die bereits erwähnten Lebensbedingungen der Frauen und Mädchen jener Zeit. [101]

Kratzer forderte weiter dazu auf, Fornikationsstrafen auch zu verhängen [102] und gegen die „Nachtschwärmer" einzuschreiten.

Mit besonderem Nachdruck wandte er sich gegen Spott über die Religion. Im Januar 1799 beschwerte er sich über einen Auftritt des „berüchtigten" Stadtphysikus Dr. Kehringer und des städtischen Advokaten Mühleisen beim fastnächtlichen Maskenball im Gasthaus „Stern", [103] den er gottlos nannte und dessen ganze Bosheit zu sagen, ihm der Anstand nicht erlaube. Der Rat beschloss, die Beiden vorzuladen und ihnen ihre „Bosheit schärfstens zu verweisen." [104] In Zukunft seien, so der Rat weiter, bei jedem Ball zwei Soldaten ins Haus zu legen und die Wache auf der Hauptwache zu verstärken. Kehringer, der drei Tage später vor dem Rat erschien, zeigte sich wenig bußfertig, sondern setzte im Gegenteil noch hinzu, der Ärger der hiesigen Geistlichkeit befremde ihn nicht wenig, es wäre besser, wenn diese ihre eigenen Geistlichen besser im Zaum halten würde. [105] Der Rat erteilte Kehringer hierauf „einen derben Ver-

weis“ und drohte ihm „ernsthafte“ Reaktionen für den Wiederholungsfall an, die einem solchen Menschen, wie er einer sei, gehören würden. [106]

Etwa gleichzeitig wandte Kratzer sich auch gegen „nicht wenige“, die andere in ihrem Glauben irre machen wollten durch „bübisches Gerede“ über die Religion und solche lächerlich machten, die an den Lehren ihrer alten Kirche festhielten. [107] Derjenige sei heutzutage ein Mensch, der die Welt kenne und der zu leben wisse, welcher „mit vollen Backen“ jeder Laune Beifall spende. [108]

In einem ausführlichen Schreiben von 1816 an den Polizeiinspektor[109] stellte Kratzer auch fest, die „Hurerei“ in Schwäbisch Gmünd nehme mit der Zahl der „ledigen für sich lebenden Weibsbilder“ zu. Schon 12-jährige Knaben würden verführt und 13-und 14- jährige Buben würden abends zwischen 9 und 10 Uhr mit brennenden Tabakspfeifen auf dem Markt herumspazieren, wo manche Gelegenheit sich ereigne, Unanständiges zu sehen und zu begehen. Er könne beiläufig zwölf oder mehr hiesiger und fremder „Dirnen“ anführen, die in keinem ordentlichen Dienst stünden. Kratzer schlug vor, diese zum Arbeiten anzuhalten oder sie, wenn sie dazu nicht zu brauchen seien, in Spinn- und Korrektionshäusern unterzubringen. Geistliche und weltliche Obrigkeit müssten zusammenstehen, um diesen Übeln abzuhelfen. Die Geistlichkeit müsse gegen die Laster zu Felde ziehen und im Beichtstuhl Verlobten die Nachteile eines unordentlichen und ausschweifenden Lebenswandels lebhaft schildern. Die weltliche Polizei ihrerseits müsse geistliche Mahnungen mit Ernst unterstützen. Kratzer schloss mit der Feststellung, die Verderbnis habe schon sehr überhandgenommen.

Kratzers Haltung stieß nicht nur auf Zustimmung. Ein Beispiel hierfür findet sich in den Ratsprotokollen vom 11. Juli 1801. [110] An jenem Tag erschien der Stiftspropst in Begleitung des Kanonikus Bommas beim Rat und beklagte sich auch im Namen des Kapitels über die Berichterstattung des Eßlinger Correspondenzblatts. Dieses hatte über den Selbstmord eines Goldschmiedegesellen berichtet, der des Nachts auch im Interesse des Quartiergebers in aller Stille auf dem Friedhof St. Leonhard ohne Kenntnis Kratzers und wohl auch der städtischen Verwaltung beigesetzt worden war. Dies verstieß unter bestimmten Umständen in jener Zeit gegen kirchliches Recht [111] und rief bei der Bevölkerung Kritik hervor. Der Stiftspropst wiederum ordnete sodann die Exhumierung und die Bestattung außerhalb des Friedhofs an. Der ganze Fall erfuhr im Eßlinger Correspondenzblatt, das der Stadt Schwäbisch Gmünd ohnehin nicht gut gesonnen war, herbste Kritik, die unter anderem Stadtpfarrer und städtischen Schinder auf eine Ebene stellte. Der Rat verfasste hierauf denn auch ein „Eingerückt“ an das Esslinger Blatt. [112]

Von Stiftspropst Kratzer wird andererseits berichtet, dass er im Jahr 1802 einen Eilboten nach Lorch zum dortigen evangelischen Pfarrer schicken ließ, damit dieser einem lebensgefährlich erkrankt in Gmünd liegenden evangelischen Soldaten das Abendmahl reiche. [113]

Kratzer scheute sich auch nicht in seiner Eigenschaft als Landdekan im württembergischen Oberamt Gmünd, einen Amtsbruder aufzufordern, die Messe fleißig zu lesen und als Seelenhirte ein gutes Beispiel für seine Schafe, die Pfarrkinder zu sein. [114]

Und schließlich warf ihm Kardinalstaatssekretär Ercole Consalvi 1820 vor, er habe in Gmünd im Jahr 1815 einen Dominikaner getraut. [115]

Mit den beschriebenen Verhaltensweisen lassen sich nicht nur Freunde gewinnen, doch es rundet sich das Bild einer höchst eigenständigen Persönlichkeit auch im priesterlichen Amt, der man mit dem Attribut des Aufklärers allein ebenso wenig gerecht würde, wie mit dem des Konservativen, einer Persönlichkeit, die ihre Auffassung mutig vertrat, verteidigte und dabei auch öffentliche Kritik weder scheute, noch vor ihr zurückwich.

II – Soziale Fürsorge

Die Sorge für Arme, Kranke und Gebrechliche machte sich Thomas Kratzer in besonderer Weise zur eigenen Angelegenheit. Die Sorge um diesen Kreis der Einwohner wurde in der Reichsstadt von jeher von drei Institutionen wahrgenommen: Das Hospital zum Heiligen Geist am Marktplatz nahm seinem Stiftungszweck entsprechend Arme, dann aber auch Kranke und Gebrechliche auf, das Spital St. Katharina im Westen vor der Stadt beherbergte dagegen ursprünglich insbesondere ansteckend Kranke, später aber auch alte Menschen aus oft ärmsten Bevölkerungsschichten. Die in diesen Spitälern Aufgenommenen hatten das Recht auf Verpflegung und Unterkunft, eine sogenannte Pfründe und wurden daher auch Pfründner genannt. Die Kosten dieser Pfründe wurden über eigene Beiträge, wesentlich aber über Spenden und Stiftungen gedeckt. Um die Hausarmen und Waisen kümmerte sich als dritte Einrichtung die Reichenalmosen- und Waisenpflege. Diese Pflege konnte auch mit Hilfe namhafter Spenden, namentlich der Maria Theresia Debler im Jahr 1774 das Waisenhaus beim Spital bauen, das so groß war, dass auch noch die Normalschule darin Platz fand und es gelegentlich auch noch für andere Zwecke Verwendung fand. [116]

Dennoch reichten die Kräfte dieser drei Institutionen in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts ganz offenbar nicht mehr aus, um die Sorge für die Armen und Kranken der Stadt zu gewährleisten. Dazu führte eine rapide Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Stadt in dieser Zeit, aber auch die langjährige Gewohnheit des Rats der Stadt, vor allem die wirtschaftlichen Ressourcen der Spitäler auch für andere Zwecke als den ursprünglichen Stiftungszweck zu

verwenden. Zahlen illustrieren dies: In den Jahren 1785 und 1786 wanderten über 100 Angehörige aus Goldschmiedefamilien aus wirtschaftlichen Gründen nach Wien aus. [117] Um 1800 hatte das Spital etwa 100 Pfründen ausgegeben, konnte aber nur die Hälfte der davon Begünstigten auch im Spital aufnehmen, weil mehr Platz dort einfach nicht vorgesehen war. [118] Um 1800 gab es in der Stadt 285 Almosenempfänger, davon 245 Bürger. [119] Zu dieser Zahl sind die jeweiligen Familienangehörigen gedanklich hinzuzurechnen. Die Bitten der Einwohner an den Rat um Gewährung einer Pfründe oder einer Beihilfe häuften sich und bei weitem nicht alle Bitten konnten erfüllt werden. [120]

Hinzu kam, dass auswärtige Bettler und mittellose Durchreisende die Städte im süddeutschen Raum in großer Zahl aufsuchten, was auch zu Befürchtungen aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung führte. Der Schwäbische Kreis stellte sich dazu für seine Mitglieder auf den Standpunkt, dass zunächst einmal jede Gemeinde für die Armen ihrer Gemarkung sich verantwortlich zu fühlen habe. Diese Lage führte zu neuen Überlegungen und schließlich zur Gründung der Armenkassenpflege. Der Rat der Stadt Schwäbisch Gmünd erließ am 10. Juni 1777 [121] ein Dekret an die Untertanen auf dem Land, in dem er das öffentliche Betteln von Einwohnern, aber auch von „Vaganten und Landläufern“ insgesamt ebenso untersagte, wie er den Einwohnern verbot, Bettlern Almosen zu geben. Berief sich der Rat dabei durchaus einerseits auf Gründe der öffentlichen Sicherheit, so betonte er anschließend aber auch die Verantwortung der Reichsstadt und ihrer Einwohner, die Armen im Gmünder Territorium „notdürftig“ zu unterhalten und keinen Mangel leiden zu lassen. Der Rat ordnete deshalb an, dass einmal in der Woche in den Gmünder Dörfern und auf den Höfen Almosen gesammelt und von den Vierleuten an die Armen verteilt würden.

Es ist davon auszugehen, dass in der Stadt inhaltlich Gleiches zur selben Zeit verkündet wurde. [122] Erkennbar wird die Absicht, über eine Verweigerung von Almosen an Fremde die Spendenbereitschaft auf die eigenen Bewohner zu lenken.

Die anschließende Zeit lehrte freilich einmal mehr, dass allein freiwillige Leistungen Notlagen von einiger Dauer und großer finanzieller Tragweite nicht abhelfen können. Der Rat beschloss daher am 8. Mai 1783 die Bildung einer Armenkasse-, Zeichnungsschul- und Normalschuldeputation. [123] Die dabei aus heutiger Sicht etwas wunderliche Kombination von Aufgaben mag damit zusammenhängen, dass es sich insgesamt um neue Aufgaben handelte, die erklärtermaßen nun auch zu solchen der öffentlichen Hand gemacht worden waren. Nach wie vor wurde freilich auf freiwillige Leistungen gesetzt, was bei der Finanzlage der Stadt nicht verwunderlich war. [124] So erklärte sich die Goldschmiedezunft bereit, dass jedes Mitglied pro Quartal 6 Kreuzer zur

neuen Armenkasse gebe. Doch wurde eine durchgreifende Verbesserung auch mit der neuen Deputation nicht erreicht, zumal die wirtschaftliche Lage sich nicht verbesserte, sondern verschlechterte. Dies zeigt das Ratsdekret vom 30. August 1785. [125] Darin weist der Rat darauf hin, dass der wöchentliche Ertrag der Sammlungen um ein Drittel hinter den Erwartungen zurückbleibe, die sich auf die Versprechungen der Bürgerschaft gegründet hätten und bezeichnet das Sammlungsergebnis als „fast unglaublich gering“. Der Rat erinnerte dann an die Verantwortung der Zünfte für fremde Handwerksgesellen, die nur in besonderen Fällen einen Zuschuss von der Armenkasse erwarten könnten. Auch das Versprechen der Goldschmiede, vierteljährliche Leistungen zu erbringen, war nicht eingehalten worden. Der Rat erinnerte weiter an das Almosenverbot der Dekrete von 1777.

Doch hatte auch das Dekret von 1785 nicht die erhofften Folgen. Die Armenkassenrechnung von 1788 und ähnlich die Rechnungen von 1789-1793 zeigen, [126] dass die Ausgaben der Armenkasse nur mit erheblichen Zuschüssen der Stiftungen und Pflegen gedeckt werden konnten. Immerhin aber gingen von der Bürgerschaft durch Spenden etwa 1000 fl im Jahr ein. Die Stadtkasse beschränkte sich im gleichen Zeitraum auf 26 fl .

Da dieser geringe Einsatz öffentlicher Mittel angesichts der Lage der Stadtkasse nicht wesentlich steigerungsfähig erschien, verblieb nur der Versuch, nochmals verstärkt auf die private Bereitschaft zu setzen. Immerhin waren die Bürger ansprechbar, wie sich auch zeigte, als von 10 Bürgern im Jahr 1789 Holz für Bedürftige gesammelt wurde. [127] Auf diesen persönlichen Einsatz baute die Stadt daher weiterhin. Im Dezember 1798 [128] teilte Bürgermeister Beiswinger den Ratsversammelten mit, die Armen würden täglich „zudringlicher“ und dem öffentlichen Bettel könne kein Einhalt geboten werden. Der Rat beschloss, unter Hinzuziehung von Thomas Kratzer eine Sitzung der Armendeputation einzuberufen und diese mit der Ausarbeitung einer neuen Ordnung der Armenfürsorge zu beauftragen. [129]

Stiftspropst Kratzer fand sich zu der neuen Aufgabe bereit. Noch im gleichen Monat wurde die neue Ordnung entworfen und vom Rat gebilligt. [130] Einzelheiten sind den Quellen nicht zu entnehmen. Doch wird deutlich, dass die wöchentlichen Sammlungen fortan unter Beteiligung von zwei Mitgliedern des Rats und von zwei Geistlichen in den vier Stadtvierteln abgehalten wurden und dass die Sammlungen mindestens anfangs die bisherigen erheblich übertrafen. Die persönliche Übernahme von Verantwortung durch Stadt und Geistlichkeit war dafür zweifellos ursächlich, rückte sie doch die Situation der Armen in der Stadt noch mehr in den Vordergrund und war gleichzeitig geeignet, die Bürgerschaft verstärkt an ihre Verantwortung als Christen und Mitglieder der bürgerlichen Gemeinschaft zu erinnern. Dazu trug auch etwa

bei, dass am 17. Mai 1801 beim feierlichen Hochamt und Tedeum anlässlich des Friedens von Lunéville für die Armen eine stattliche Summe gesammelt wurde und dass Kratzer nach dem Hochamt Arme ausdrücklich öffentlich zum Mittagsmahl einlud.

Thomas Kratzer fühlte sich auch weiterhin für die Armenkasse verantwortlich. Im Februar 1800 erklärte er dem Rat, er wolle mit gedrucktem Bericht öffentlich Rechnung für das Jahr 1799 ablegen und erinnerte daran, dass man auf Mittel denken müsse, „um die à proportion der Seelen zu groß und übertriebene Anzahl der Armen in hiesiger Stadt zu verringern.“ [131] Es sei angezeigt, dem öffentlichen Bericht eine Vorrede und einen Anhang über die Beiträge der Bürgerschaft beizugeben, um diese zu noch ergiebigeren Beiträgen aufzumuntern. Man müsse auch das Fechten von Handwerksburschen unterbinden. Der Rat dankte Kratzer und der gesamten Armendeputation für ihre „rastlose“ Tätigkeit, pflichtete ihm bei und beschloss, der Pflege St. Leonhard künftig einen Beitrag zur Armenkasse von 60 fl. jährlich aufzuerlegen.

Die Leistungen der Armenkasse in dieser Zeit werden auch deutlich durch die Rechnungen der Jahre 1799-1802. In dieser Zeit wurden nahezu 11000 fl an die damals so genannten Stadtarmen aus der Armenkasse ausbezahlt. [132]

Persönlicher Einsatz und Überzeugung des Stiftspropsts zeigten sich auch darin, dass er bei den Sammlungen von Geld und Lebensmitteln, aber auch von Holz häufig mit anwesend war, wie auch bei deren Austeilung. Auch die Beschäftigung der armen Bürger war ihm sehr wichtig. [133] Insgesamt wird aus dem Verhalten Thomas Kratzers ein hohes Maß an persönlicher Verantwortung für die Geschicke der ärmeren Bevölkerungsschichten deutlich. [134]

III – Baumaßnahmen

Die Erinnerung an Thomas Kratzer verbindet sich in Gmünd wesentlich mit der Umgestaltung der Pfarrkirche und dem Abbruch von Kapellen. Für Einzelheiten wird dabei vor allem die Chronik des Zeitgenossen Dominikus Debler herangezogen, die teilweise sehr negative und auch sehr subjektive Äußerungen über die Baumaßnahmen Kratzers enthält. [135] Andererseits gab die Bevölkerung Spenden für die Neugestaltung der Pfarrkirche und äußerte kaum Kritik. [136] Es ist daher für ein Meinungsbild richtig, sich zunächst vor Augen zu führen, welche Maßnahmen in der Amtszeit Kratzers als Stiftspropst, sowie später als Stadtpfarrer und Dekan, also zwischen 1797 und 1824 durchgeführt wurden.

Dabei ist wiederum zwischen Maßnahmen in der Verantwortung von Thomas Kratzer und solchen zu unterscheiden, die er wohl nicht maßgeblich beeinflussen konnte. Zu letzteren zählt zunächst der Abbruch der Margarethen-

kapelle beim Georgishof im Jahr 1812. Die Margarethenkapelle stand in der Baulast des Heilig-Geist-Spitals und damit der Verantwortung der Stadt. [137] Ferner zählte dazu der Abbruch der Veitskapelle nördlich der Johanniskirche verbunden mit der Einebnung des dortigen Friedhofs im Jahre 1803. Die Veitskapelle unterstand der Leonhards-Pflege. Die St. Josen-Kapelle und die St. Theobald-Kapelle wurden erst einige Jahre nach Kratzers Tod abgebrochen. Kratzers Bild eines rigorosen Aufklärers, wie es in der Literatur gezeichnet wird, bestätigt sich durch die genannten Maßnahmen jedenfalls zunächst einmal nicht. In diesem Zusammenhang ist auch sein Verhalten zur Wallfahrt auf den Salvator anzusprechen. Während aus Stuttgart vom Katholischen Kirchenrat sehr negative und restriktive Äußerungen zu dieser Wallfahrt zu vernehmen waren, stellte sich Kratzer schützend vor den Salvator und predigte dort noch in württembergischer Zeit, sehr zum Missfallen des Kirchenrats. [138] Bedenkt man, wie etwa gleichzeitig mit der Wallfahrt auf den Bernhardus beim nahen Weiler in den Bergen durch den Abbruch der dortigen Wallfahrtskirche verfahren wurde, so kann man sich unschwer vorstellen, dass auch der Salvator hätte in Gefahr kommen können, ein ähnliches Schicksal zu erleiden.

Kommt man nun zu den Baumaßnahmen und sonstigen Veränderungen in unmittelbarer Verantwortung von Thomas Kratzer, so ist zunächst der Abbruch der Michaelskapelle südlich der Pfarrkirche im Jahr 1807 zu nennen und auch hier die Beseitigung des Friedhofs, der umgeben von einer stattlichen Mauer sich südlich der Kirche befand. Ohne Zweifel ist aber die Schaffung des Platzes an der Pfarrkirche und übrigens auch an der Johanniskirche und die damit einhergehende Auflösung der dortigen Friedhöfe eine typische Maßnahme der Zeit gewesen, die das Erscheinungsbild der beiden Kirchen sehr positiv beeinflusste.

In der Pfarrkirche selbst zeigt sich folgendes Bild: Im Jahr 1782 wurden mehrere Glasfenster des Chorbereichs dem württembergischen Herzog Karl-Eugen aus welchen Gründen auch immer geschenkt. [139] Für das Jahr 1795 ist eine Innenrenovierung in Form einer hellen Tünchung überliefert.

Wurden diese Maßnahmen noch vor der Zeit Kratzers als Stiftspropst bzw. dessen ständiger Stellvertreter durchgeführt, so erfolgte die Beseitigung des Hochaltars aus dem Jahr 1670 und verschiedener Seitenaltäre [140] ab dem Jahr 1801. Der Hochaltar wurde aber in seinen wesentlichen Teilen in die Johanniskirche mit der gleichen Bestimmung verbracht. Debler [141] nennt weiter vier Altäre, die im Juli 1801 entfernt wurden, nämlich den St. Aloisi-Altar, den St. Xaveri-Altar, den Herz-Jesu-Altar und den Erthaler Altar. Letzterer wurde hinter dem Chor aufgestellt. Alle vier trugen oberhalb des Altarblatts das Wappen der Stifterfamilien Debler, Klopfer, Beck und Wamsler. Offenbar standen sie an Säulen des Mittelschiffs [142] und verdeckten wohl auch auf Grund ihrer

stattlichen Altarblätter mit einer Höhe von teilweise 12 Schuh die Sicht auf den Hochaltar. In dieser Zeit wurden auch Altäre verändert und einzelne Teile der Ausstattung an anderen Standorten in der Pfarrkirche aufgestellt.

Weiter wurden kirchliche Gerätschaften aus Edelmetall eingeschmolzen, weil anders die Kontributionen in der damaligen Zeit nicht aufgebracht werden konnten. Entfernt wurde auch später nach vorherigen Veränderungen [143] die Darstellung von Maria im Kindbett, welche von den Gmünder Frauen nach der Entbindung mit dem Neugeborenen aufgesucht wurde. Entfernt wurde auch eine Darstellung, die offenbar barocker Volksfrömmigkeit zuzuschreiben war: Debler schildert sie als eine eiserne Stange in der Mitte des Chors, die bis zur Decke reichte und Gottvater, den hl. Geist und viele Engel zeigte. [144] Der Ölberg schließlich wurde aus dem Außenbereich der Pfarrkirche in das Innere verbracht.

Veränderungen, insbesondere die notwendigen Restaurierungen am Äußeren der Pfarrkirche, gab es schon aus Geldmangel in Kratzers Amtszeit nicht. Lediglich das Brothäuschen, sicherlich keine Zierde des Äußern, wurde 1807 abgebrochen.

Kratzers Motive für die Beseitigung der Altäre in der Pfarrkirche und weitere Veränderungen werden in den Quellen nur angedeutet. Deblers Äußerungen lassen erkennen, dass die entfernten Altäre nicht im allerbesten Zustand waren. Debler sagt auch, die von Kratzer durchgeführten Veränderungen hätten die Pfarrkirche „verjüngt“ [145] und ihr eine „Helle, Leichte und Größe“ gegeben, was nach den geschilderten Veränderungen einleuchtet. Debler fügt hinzu „aber das alte Hohe ist hinweg“. [146] Ein Motiv für die insgesamt kritische Einstellung Deblers könnte vor allem in der mehrfach von ihm geäußerten Klage zu finden sein, dass Kratzer Bilder und Altäre „von Stiftern und Guttätern wegräumen“ ließ. [147] Dem Chronisten mit Familiensinn, der an Kratzer bemängelte, dass es ihm an „Familie, an Freundschaft“ fehle, [148] mochte ein solches Verhalten schwer begreiflich sein. Andererseits entsprach es nicht mehr der Zeit, Altäre mit den Wappen der Debler, Beck, Klopfer, Mössnang oder Storr in der Pfarrkirche zu haben und in der Pfarrkirche nach einem an anderer Stelle geäußerten Wort „eine Gedächtnishalle“ zu haben.

Damit aber kommt man zu liturgischen Erwägungen und man wird auch nach allem nicht fehl darin gehen, dass es die liturgischen Bedürfnisse der damaligen Zeit waren, die maßgebend für Kratzers Entschluss für die geschilderten Veränderungen waren. Liturgische Bedürfnisse einer lebendigen Gemeinde aber haben notwendigerweise immer wieder zu einer Anpassung der Innenausstattung einer Kirche geführt. Diese grundsätzlich abzulehnen erscheint nur für hochrangige Ausstattungen von Kirchen eine legitime Erwägung zu sein.

Ob dies der Hochaltar von 1670 war, darf nach den vorliegenden zeitgenössischen Äußerungen immerhin zweifelhaft sein. Sicherlich war er allerdings ein gewichtiges Denkmal der Erinnerung an die Schrecknisse des 30-jährigen Kriegs, denn der Dank, dass die Stadt diesen Krieg überstanden hatte, war ja das wesentliche Motiv seiner Aufstellung. Es ist aber dabei auch zu bedenken, dass in Kratzers Zeit der Altar im Wesentlichen erhalten, wenn auch transloziert wurde und erst eine spätere Zeit ihn rigoros beseitigte, obwohl gerade vom Barock spätere Zeiten milder dachten. Der Hochaltar wurde dann aber 1873 für 75 fl an einen Stadtrat „zu Gunsten der Baukasse“ der Johanniskirche bei deren grundlegenden Veränderung verkauft. [149] Über sein weiteres Schicksal ist nichts bekannt.

Es ist auch wenig über den neuen Hauptaltar der Pfarrkirche von 1804/1805 bekannt, außer der Tatsache, dass er klassizistisch und im Vergleich zu seinem Vorgänger eher zierlich war. Noch weniger weiß man von den in Kratzers Zeit erstellten weiteren neuen Altären, denn über sie wie über den neuen Hauptaltar ging eine viel größere Welle der Veränderung etwa 60 Jahre später hinweg. Diese tilgte alle Erinnerung an sie gründlich aus. Schon 1854 sagte man in Gmünd, man müsse die „ursprüngliche Schönheit“ der Pfarrkirche wiederherstellen und Kunstwerke nach mittelalterlichen Gesetzmäßigkeiten schaffen. [150] Diesen Ansprüchen waren Hauptaltar und Seitenaltäre aus Kratzers Zeit nun wahrlich nicht gewachsen. Die Einstellung jener Zeit zeigt auch die zufriedene Äußerung von Kaplan Pfitzer in seinen „geschichtlichen Notizen“ zur Umgestaltung der Pfarrkirche [151] wo er bemerkt, dass sämtliche alten Altäre, neunzehn an der Zahl, aus der Kirche entfernt wurden. Der Hochaltar aus Kratzers Zeit wurde offenbar an einen Schreiner in Ottenbach veräußert. [152]

Nicht nur die Art, sondern auch die Summe der Veränderungen in der Pfarrkirche lassen also nach allem den Schluss zu, dass in Kratzers Amtszeit vor allem Maßnahmen durchgeführt wurden, die den neuen liturgischen Bedürfnissen entsprachen. Zu dieser Auffassung führt auch die unbestreitbare Tatsache, dass weder die Pfarrei, noch ihr Patron, das Spital, noch die Reichsstadt Geld für mehr als das Nötigste hatten. Auch die Rechnungen der Stiftskirchenpflege, deren Zweck ja ausdrücklich auch die Erhaltung der Pfarrkirche war, lassen keinen anderen Schluss zu: Die Rechnungen für Bauen und Handwerker sind einerseits detailliert, so ist die „Aufrichtung und Abbrechung des hl. Grabs“ in der Johanniskirche 1785 ausdrücklich erwähnt, sie sind aber andererseits auch in den 15 Jahren vor der Mediatisierung verhältnismäßig gering [153] und übersteigen Gesamtbeträge von etwa 250 fl nur in 2 Jahren, in denen aber die Ausgaben für die Orgel in der Pfarrkirche und St. Johann dafür nachweislich die Ursache sind. [154] Im Jahr 1801 aber, als ja manches in der Pfarrkirche verändert wurde, betragen die Gesamtausgaben für Bau und Handwerker 261 fl

15 kr und es wird dabei ausdrücklich ein Betrag von 100 fl als Beitrag an den Stiftspropst zu der „Kirchenreparation“ genannt und dazu erscheint dessen Quittung vom 24.11.1801. [155] Die Sammlungen Kratzers für die Umgestaltung der Pfarrkirche bei den Gläubigen und die Tatsache, dass er Geld aus seinem Privatvermögen zu dieser Umgestaltung beisteuerte und das klassizistische Chorgitter selbst bezahlte, stützen diese Auffassung zusätzlich.

C. Thomas Kratzer in den letzten Jahren der Reichsstadt

Herr Stiftsdekan Kratzer wird ohnedem stark hergenommen, da dieser Mann ganz ohne Interesse arbeite und mit jedermann es gut meint. [156]

1 – Die Separatkasse und die Verpflichtung vom Herbst 1797

Die Beziehungen zwischen Weltgeistlichkeit, Klöstern, frommen Stiftungen und Pflegen einerseits wie der Reichsstadt Schwäbisch Gmünd andererseits waren in den über 500 Jahren des Bestehens der Reichsstadt höchst unterschiedlich, berührten aber in dieser ganzen Zeit den ureigenen Bereich zwischen der Obrigkeit und den Bürgern und Untertanen kaum. Selbst in den Zeiten großer Meinungsverschiedenheiten zwischen Rat und Bürgern in den Jahren um 1700 traten die Vertreter der geistlichen Einrichtungen allenfalls vermittelnd in Erscheinung, was man etwa für Dekan Johann Michael Schleicher in der Zeit des Storrschen Aufruhrs um 1700 feststellen kann. In den letzten Jahren der Reichsstadt änderte sich dies rapid, was zugleich für ihre verzweifelte finanzielle Lage spricht.

Am 27. Juli 1796 bewilligten die in Süddeutschland aufgezogenen französischen Truppen dem Schwäbischen Kreis einen Waffenstillstand unter außerordentlich harten finanziellen Bedingungen. Die Stadt Schwäbisch Gmünd nahm eine Berechnung ihres Anteils an den Verpflichtungen des Schwäbischen Kreises auf Grund ihres üblichen Matrikularbeitrags vor und kam auf eine Summe von ~ 198000 fl, die danach in kurzer Zeit zu erbringen gewesen wäre. [157] Diese Summe war für die Stadt mit Sicherheit jedenfalls in kurzer Zeit nicht leistbar. Bürgermeister Franz Georg von Stahl lud daher zunächst die beiden Handelsherren Johann Georg Debler vom Grünen Haus und Joseph Büchler in sein Haus, unterrichtete sie vertraulich und bat zunächst einmal, zur Linderung der größten akuten Not 6000 fl aufzubringen, die in einer getrennten

Kasse, künftig Separatkasse genannt, gesammelt werden und von der Stadt und den beiden Handelsherren gemeinsam verwaltet werden sollten. [158] Diese etwas ungewöhnliche Konstruktion erklärt sich aus der Sondersituation der Stadt, die bankrott zu nennen war, was auch schon dazu geführt hatte, dass sich außerhalb der Verfassung der Stadt „bürgerliche Repräsentanten“ organisiert hatten, zu denen Debler und Büchler sich zählten.

In der Folge wurde eine Deputation, bestehend aus Mitgliedern des Rats, der bürgerlichen Repräsentanten und der in der Verfassung der Stadt nun wirklich vorgesehenen bürgerlichen Syndici gebildet. [159] Die folgenden 13 Monate waren von einer großen Zahl von Sitzungen dieser Deputation, von getrennten Sitzungen des Rats und von Schriftwechseln zwischen Rat und Bürgern geprägt. Doch kam man nicht voran, obwohl man der berechtigten Meinung war, dass der „gänzliche Zerfall des Staatswesens drohe“. [160] Die verfassungsgemäßen Vertreter der Bürger und die „bürgerlichen Repräsentanten“, welche sich dazu selbst ernannt hatten, wollten nämlich nicht weniger als eine völlige Veränderung der bisherigen Stadtverfassung als Vorbedingung einer wie immer gearteten finanziellen, aber möglichst großen Beteiligung der Bürger an den befürchteten Kontributionen. Der Rat seinerseits war zu großen Konzessionen bereit, wollte aber verständlicherweise den Vertretern der Bürger nur „einen die ehrsame Bürgerschaft beruhigenden, andererseits aber mit dem obrigkeitlichen Amt vereinbarlichen Einfluss auf das Rechnungs- und Revisionsgeschäft zugestehen.“ [161] Lediglich die neue Separatkasse für die „Sammlung“ der Gelder, welche das französische Heer forderte, sollte auch nach dem Willen des Rats gemeinschaftlich administriert werden [162], was nun aber kein besonders beeindruckendes Entgegenkommen sein konnte, weil ja auch die Gelder angesichts des bekannt trostlosen Zustandes der Stadtkasse überwiegend von der Bürgerschaft kommen mussten. So kamen die Verhandlungen nicht recht voran, scheiterten aber auch nicht endgültig, weil die Verantwortung dafür niemand übernehmen wollte. Man kam vielmehr überein, den Dritten in die Verpflichtung zu nehmen, an den man schon einige Zeit dachte, nämlich die kirchlichen Einrichtungen. [163] Deren sämtliche maßgebliche Vertreter wurden daher nach einer Vorabinformation zu einer Deputationssitzung eingeladen [164] und darüber unterrichtet, dass 200000 fl von der Stadt als Darlehen aufzunehmen seien, welche man mit ungefähr vierprozentiger Verzinsung in einem Zeitraum von 15-20 Jahren zurückzahlen wolle. Man stelle sich als Anteil der Geistlichkeit an der jährlichen Tilgungs- und Zinsleistung von 16300 fl einen Beitrag von jeweils 8100 fl vor. Dies war eine sehr beachtliche Summe, zu deren Leistung die Vertreter der kirchlichen Einrichtungen auch nicht verpflichtet waren und nicht verpflichtet werden konnten. Die Stadt ihrerseits wollte Allmandplätze und Viehweiden verkaufen und hoffte auch an Güter der kirchlichen Einrich-

tungen heranzukommen. Außerdem sollte alles entbehrliche Kirchensilber eingeschmolzen werden. Die Bürger wurden zu Darlehen aufgerufen, insbesondere die Landuntertanen, denen man bedeutete, dass Bargeld in diesen gefährlichen Zeiten auf dem Land ohnehin sehr unsicher verwahrt sei. [165]

Es zeigte sich aber, dass die Untertanen sich diese Überlegung nicht zu eigen machten und gar keine Darlehen gaben, die Bürger in der Stadt liehen immerhin 34000 fl. [166] Dennoch entspannte sich die Situation ohne eigenes Zutun erheblich, weil sich die befürchtete Beteiligung der Stadt von knapp 200000 fl tatsächlich deutlich reduzierte. Im Herbst 1797 zeigte sich nämlich, dass die Separatkasse knapp 60000 fl aufzunehmen hatte, um den aktuellen Verpflichtungen nachkommen zu können. [167] In dieser Situation führte Bürgermeister Beiswinger gegenüber den kirchlichen Einrichtungen aus, Bürger und Untertanen seien erschöpft und könnten gar nichts bezahlen. Die kirchlichen Einrichtungen hätten bisher nichts beigetragen und sollten jetzt einspringen. [168]

Thomas Kratzer, seit kurzer Zeit ständiger Vertreter des erkrankten Stiftspropsts Franz Xaver Debler, war in dieser Zeit der Wortführer der zahlreichen kirchlichen Einrichtungen. Er hatte als solcher bereits der jährlichen Übernahme von 8100 fl als Zins- und Tilgungsbeitrag im Herbst 1796 grundsätzlich zugestimmt, wobei aber Einzelheiten dazu nie ausformuliert worden waren. Nunmehr erklärte er namens der kirchlichen Einrichtungen „unanima", die Schuldaufnahme der Separatkasse würde in Höhe von 60000 fl namens der kirchlichen Einrichtungen in der Form übernommen, dass ab Martini 1797 über 20 Jahre jährliche Tilgungsraten von 3000 fl bezahlt würden. Die anfallenden Zinsen müssten von der Kontributionskasse zu Lasten der Bürger und Untertanen getragen werden. [169] Dies war ein beachtlicher Beitrag, bei dem sich Kratzer der erforderlichen Zustimmung des Augsburger Ordinariats allerdings sicher sein konnte, weil dieses solche freiwilligen Leistungen in dieser Zeit ausdrücklich erlaubt hatte. Kratzer mochte sich andererseits auch gesagt haben, dass eine Verweigerung dieser Zahlung womöglich dazu führen konnte, dass der Stadt und damit auch den kirchlichen Einrichtungen bei der dann unweigerlich folgenden Exekution durch Truppen dann noch größeres Ungemach drohen würde. In einer weiteren Sitzung einige Tage später forderte Kratzer angesichts des Entgegenkommens der kirchlichen Einrichtungen, dass diese künftig von Einquartierungen ebenso verschont blieben wie von Requisitionen. Der Rat solle ihnen außerdem beistehen, wenn es um die Beitreibung von Gülten gehe, welche die kirchlichen Hintersassen schuldig blieben. Schließlich forderte Kratzer eine gemeinsame Administrierung der Separatkasse auch unter Beiziehung der Geistlichkeit, um die Hauptsumme innerhalb von 20 Jahren sicher abwickeln zu können. [170] Nachdem der Rat der letzteren Forderung zugestimmt und im Übrigen eher dilatorisch geantwortet hatte, was

angesichts der herrschenden Umstände verständlich war, erfolgte die Unterschrift der Vereinbarung durch die kirchlichen Einrichtungen. [171]

Es ergab sich dadurch die bemerkenswerte Situation, dass die gemeinsam verwaltete Separatkasse, wenn sie Darlehen aufnahm, diese namens „Bürgermeister, Rat, der ehrsamen Bürgerschaft ernannte Syndici, wie auch der Vorsteher der löbl. Pflegschaften und gesammten Stifter und Klöster" beurkundete und dass sie als „Hypothek und Unterpfand" zur „Versicherung" der geliehenen Summe sämtliche Einkünfte, Gefälle und Güter von Stadt, Landschaft und von den Pflegschaften, Stiftern und Klöstern verschrieb. Unterzeichnet wurde eine solche Darlehensaufnahme von Bürgermeister, Syndici und im Namen der „Geistlichkeit und milden Stiftungen" von Stiftspropst Thomas Kratzer. [172]

II – Die Veräußerung von kirchlichen Gütern im Jahr 1800

Mit der Vereinbarung vom Herbst 1797 war zwar einem höchst akuten Notfall abgeholfen, doch verbesserte sich die außenpolitische Situation angesichts der ständigen kriegerischen Auseinandersetzungen für Süddeutschland und damit auch für die Reichsstadt nicht dauerhaft und dies führte zu neuen Requisitionen und Kontributionen. In einer Sitzung vom Januar 1800 [173], an der neben der städtischen Verwaltung auch Stiftspropst Kratzer und zwei Syndici beteiligt waren, wiesen die Vertreter der Stadt auf neue Forderungen, die drohende Exekution durch 40 Mann kaiserlicher Truppen und die Leere der Kassen hin. Nach eingehender Diskussion kam man mit Zustimmung Kratzers zu der Auffassung, Heiligengüter zu verkaufen. Doch war damit das drängendste Problem, möglichst sofort Bargeld in die Kassen zu bekommen, noch nicht erledigt. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass gerade die wohlhabendsten Bürger sich zuletzt geweigert hätten, der Stadt ein Darlehen zu geben. Thomas Kratzer versprach daraufhin ein Darlehen von 300 fl namens des Stiftskapitels und regte an, die Heiligengüter rasch zu verkaufen. Im März 1800 schrieben daher Bürgermeister und Rat an das Ordinariat in Augsburg, die Stadt sei so elend dran, dass man letzte Hilfsquellen erschließen müsse. Die Stadt denke dabei an die Veräußerung der Güter von Benefizien und Stiftungen und bitte um die Zustimmung aus Augsburg zur Veräußerung „kleiner Stücklen" davon. [174] Die Antwort kam ebenso prompt wie ablehnend. [175] Die Vertreter des Bistums wiesen darauf hin, dass die Stiftungen ja von diesen Gütern sich finanzieren würden, dass es sich bei dem Ansinnen um einen Präzedenzfall handle und außerdem die kirchlichen Einrichtungen bereits seit 1797 erheblich an den Verpflichtungen der Separatkasse beteiligt seien.

Die städtische Verwaltung bat daraufhin den Stiftspropst um Vermittlung, die dieser auch übernahm. [176] Er wies daraufhin, dass die Einrichtung der Se-

paratkasse bisher ordnungsgemäß von statten gehe, dass aber nun neue Forderungen erhoben würden, welche Bürger und Bauern nicht aufbringen könnten. Es sei daher gemeinsamer Konsens mit den kirchlichen Einrichtungen gewesen, aber von der Stadt dem Bistum ungenau berichtet worden, dass man neben der Veräußerung städtischen Besitzes auch solche kirchliche Güter veräußere, die man bisher um einen geringen Pachtzins vergeben habe. Da der Bestand der kirchlichen Einrichtungen dadurch aber nicht gefährdet würde, bitte er für die Stadt um die entsprechende Genehmigung, die dann auch erteilt wurde. [177]

Erneut war es damit dem Verständnis und dem Einsatz des Stiftspropsts zu danken, dass Schlimmeres von der Stadt abgewehrt worden war. Thomas Kratzer ist in den Jahren vor und nach der Mediatisierung ein bestimmender Einfluss auf die Geschicke der Stadt zuzuschreiben, der über seine hergebrachten Aufgaben weit hinausging.

D. Lebensende

Wer mit Lust und Eifer strebte,
nützlich für die Welt zu sein,
Wer nicht bloß für sich nur lebte,
Menschen suchte zu erfreuen:
Dies Gedächtnis bleib und daure
Seine Nachwelt klag und traure.
Wo sein Grab ist, weine dann,
Wer die Tugend schätzen kann. [178]

Die letzten Jahre von Thomas Kratzer waren geprägt von Krankheit, doch erhob er seine Stimme Anfang des Jahres 1822 nochmals vernehmbar mit einer Äußerung, die man wohl als eine Summe seiner Auffassungen und seines Lebens verstehen darf: Am 16. August 1821 war mit der päpstlichen Bulle „Provida solersque" die Voraussetzung für die Errichtung des Bischofsstuhls in Rottenburg geschaffen worden und es wurden 34 Dekane und Räte des Generalvikariats um Dreiervorschläge für die Besetzung des Amts des Bischofs gebeten. Auch Kratzer nahm als Gmünder Dekan hieran teil (und wurde in einem Dreiervorschlag genannt [179]) und er schrieb, bei diesen Zeitumständen, in denen „Irreligiosität und Unsittlichkeit" immer mehr überhandnehmen würden, müsse ein Bischof mit wahrhaft väterlicher Sorgfalt bestrebt sein, durch Lehre und Beispiel nicht nur fromme und gute Christen, sondern auch treue und gehorsame Untertanen aus seinen Pflegeempfohlenen zu bilden. [180]

Im September 1824 übergab Thomas Kratzer dem Oberamtsaktuar in seinem Haus im nachmaligen Buhlgässle [181] sein Testament, das er aus Gründen

seiner Krankheit bereits nicht mehr eigenhändig verfasst hatte. Darin verfügte er neben der Erbeinsetzung seines Bruders und seiner Nichten und Neffen, sowie seiner Haushälterin, dass er bei St. Leonhard begraben werden wolle. Er stiftete weiter 400 hl. Messen zum Trost seiner Seele und fügte an, sie möchten auch denen zu gute kommen, für die er etwa aus Nachlässigkeit das Lesen einer Messe versäumt habe.

Thomas Kratzer ordnete die Gründung einer Stiftung mit einem Kapital von 1000 fl an, zu verwalten durch die Kirchen- und Schulpflege, mit deren Zins das Lehrgeld für einen armen Lehrjungen aus seiner Verwandtschaft und Schreibmaterial für arme Schulkinder bezahlt werden solle. Schließlich setzte er jedem, den er getauft habe und der bei seinem Tod noch lebe, einen Dukaten aus.

Thomas Kratzer, „ein wahrer Vater seiner Gemeinde", [182] starb am 30. November 1824. Entsprechend einer Bitte von ihm wurde er von acht armen Männern zum Friedhof getragen, von denen jeder dafür einen Gulden erhielt.

1 Jeger, Gamundia Rediviva 1707, S. 193, Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd, Ch 2 zu den erforderlichen Qualitäten eines Lehrers
2 im Haus Ledergasse 26
3 das Schauspiel „Muza", aufgeführt am 3.und 6.9.1773, Text im Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd
4 das Schauspiel „Checumus", aufgeführt am 2. und 5.9.1774, Text im Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd
5 Helmut Engelbrecht, Schulwesen und Volksbildung im 18. Jahrhundert in: Österreich zur Zeit Kaiser Josephs II., Katalog des Niederösterreichischen Landesmuseums, N.F. Nr. 95, Wien 1980, S. 226 ff. u. 574.
6 für die Abtei Neresheim s. z.B. Kuhn: Die Auswirkungen der katholischen Aufklärung am Beispiel der Benediktinerreichsabtei Neresheim in ZWLG, 68. Jg., 2009, S. 287, 308 ff.
7 Stadtrechnungen, Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd
8 Rechbergisches Archiv Donzdorf, dort mit falschem Datum, Kopie Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd
9 StAL B 178/Bü 140, die Dekrete des Rats zum Normalschulwesen sind nur teilweise datiert, der Zeitpunkt ihres Erlasses aber lässt sich aus dem sachlichen Zusammenhang ohne weiteres erschließen und wird im Folgenden auch so verwandt.
10 Rechbergisches Archiv Donzdorf, aaO.
11 o.D., vor 1783, StAL B 178/Bü 140
12 St. Leonhard in Schwäbisch Gmünd und die ihm angeschlossenen Pflegen, bearb. v. Albert Deibele, Schwäbisch Gmünd 1971, Reg. 258
13 Bericht des Bm. Ignaz Schedel an die württ. Regierung von 1803 – St. Leonhard, aaO, Beil. 9
14 Das Katharinenspital zu den Sondersiechen in Schwäbisch Gmünd 1326 bis zur Gegenwart, bearb. v. Albert Deibele, Schwäbisch Gmünd 1969, S. 230: Bericht v. Bm. Beiswinger v. 23.12.1802
15 Das Spitalarchiv zum Heiligen Geist in Schwäbisch Gmünd, bearb. v. Alfons Nitsch, Karlsruhe 1965, S.282, A 15, 4.2.1779, im Folgenden: UASp.
16 Ratsdekret v. 25.4.1782, StAL B 178/Bü140
17 Promemoria o.D. – StAL B 178/Bü 140
18 ebd., s. auch die Notiz Dom. Deblers, Chronica, V.1, S.400 über seine Zahlung von 48 kr Schulgeld im Jahr 1791
19 Rechnungen der Normalschule von 1790-1794, Münsterarchiv Schwäbisch Gmünd, Bestand 2.7.4.20 ff.
20 ebd.
21 StAL B 178/Bü 119; die Rechnungen der Normalschule, aaO zeigen, dass die Schulbücher zu einem großen Teil in Gmünd, u.a. bei Ritter gedruckt wurden, zum Teil auch aus Dillingen bei Schneller bezogen wurden.
22 Rechnungen der Normalschule, Besoldungsliste, aaO
23 ebd.
24 D. Debler, II.2, S. 2297 ff. - Nach den Rechnungen der Normalschule, aaO waren Schulorte Lautern, Mögglingen, Dewangen, Iggingen, Herlikofen, Mutlangen, Wetzgau, Bargau, Bettringen, Weiler i.d.B., Spraitbach, Zimmerbach und Durlangen. Straßdorf war nach diesen Rechnungen, anders als bei D. Debler, aaO, ausgeführt, nicht Schulort.
25 Für Kinder, die außerhalb des Schulorts wohnten, galt die Schulpflicht erst ab dem 7. Lebensjahr.
26 also von November bis April
27 Rechnungen der Normalschulen, aaO
28 ebd.
29 StAL B 178/Bü 140, S. 1008
30 In den vier Ämtern gingen zwischen 500 und 600 fl ein, was jedenfalls das Schulgeld der Bürger und Beisassen in der Stadt deutlich überstieg, Rechnungen der Normalschulen, aaO.

31 Die Rechnungsergebnisse von 1790 ff zeigen, dass 325 fl pro Jahr regelmäßig erreicht wurden, ebd.
32 Ratsbeschluss v. 5.11.1783, aaO
33 ebd.
34 26. Mai 1782, DARB Bü 44/Um 3
35 gemeint ist die Normalschule.
36 v. Etzdorf: Reisen durch einige Gegenden von Schwaben und Franken, Siebter Brief aus der Reichsstadt Schwäbisch Gmündt, Frankfurt und Leipzig 1794, S. 102, zit. bei "wikisource"
37 Nitsch, Alfons (Bearb.): Urkunden und Akten der ehemaligen Reichsstadt Schwäbisch Gmünd, I. Teil 777-1450, Karlsruhe 1966, Reg. 8; im Folgenden: UAG I
38 UAG I 716
39 UAG I 1016
40 Nitsch, Alfons (Bearb.): Urkunden und Akten der ehemaligen Reichsstadt Schwäbisch Gmünd, II. Teil 1451-1500, Karlsruhe 1967, Akten XVII, S. 206 ff.
41 Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd, s. auch Jeger, Gamundia Rediviva, S. 194-205
42 Jeger, ebd.
43 Bruno Klaus: Zur Geschichte der Klöster der ehemaligen Reichsstadt Schwäbisch Gmünd in WVjH 1911, S. 5-67 (36 ff.)
44 12.10.1652, Brief des Guardians Bonaventura Marius, StA Luzern 550/10901
45 14. Oktober, Jeger, aaO, S. 232
46 den „inferiora", wie diese Klassen Jeger, ebd., nennt.
47 S. Continuatio Protocolli Principio Anni 1728, Landkapitelsbibliothek Riedlingen, Kopie Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd, S. 6 für das Jahr 1729 und S. 50 für das Jahr 1736
48 ebd.
49 ebd., S. 92
50 StAL B 178/Bü 140
51 StAL D 1, Nr. 996, Besitzergreifung 1802
52 Continuatio Protocolli, aaO, S. 256
53 s. im einzelnen Ratsbeschlüsse v. 9.3.1802 (S. 46 f.), v. 13.3.1802 (S. 48 f.) und v. 27.3.1802 (S. 54 f.)
54 er starb 1782, Dom. Debler, V.1, 253, s. dazu auch Deibele in GHBl 1957, S. 73 ff, S. 81 ff.: 150 Jahre Gehörlosenschule Schwäbisch Gmünd
55 s. Selig, Zur Geschichte des ehemaligen Minoritengymnasiums zu Schwäbisch Gmünd, Diözesanarchiv von Schwaben, 24. Jg. 1906, S. 49, 1907, S. 91
56 so Deibele ebd.
57 s. Eubel, Geschichte des Franziskaner-Minoriten-Klosters Schwäbisch Gmünd, Württ. Vierteljahreshefte 1890, Jg. XXIII, S. 123, 136
58 s. Brief von Thomas Kratzer an den Königlichen Katholischen Kirchenrat in Stuttgart vom November 1818, Münsterarchiv, 2.9.11, Bü 55
59 13. März 1810, Münsterarchiv, aaO
60 Erlass vom 17.11.1810, Münsterarchiv, aaO
61 Erlass v. 31.1.1813, Münsterarchiv, aaO
62 Bericht Kratzers vom 11.12.1816, Münsterarchiv, aaO
63 Kirchenrat, Erlass v. 29. März 1817, Münsterarchiv, aaO. Der 20. März 1817 ist damit auch das Gründungsdatum für die Gehörlosenschule in Gmünd.
64 16. oder 17.4.1819, Münsterarchiv, aaO
65 Dom. Debler, aaO, V.2, 520 zu Thomas Kratzer
66 Ratsprotokolle, 2.1.1802, S. 2, in intimo, Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd
67 ebd.
68 Ratsprotokolle, 7.7.1802, S. 108 Rs., in intimo, aaO
69 im Münsterarchiv Schwäbisch Gmünd
70 s. Johann Gottfried Pahl, Denkwürdigkeiten aus meinem Leben und aus meiner Zeit, Tübingen 1840, S. 188 f., zit. bei wikisource

71 1801, 1. Bd., S. 42-47
72 Pahl, aaO, S. 449 f.
73 er starb 1840.
74 er lebte von 1767-1829; zu Kehringer s.: Klaus-Jürgen Herrmann: Dr. Joseph Ignaz Kehringer-Revolutionär und Aufklärer in: Gmünder Studien 4, 1993, S. 95-114
75 Ratsprotokolle, 10.9.1799, S. 171, in pleno, Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd
76 1766-1825
77 August Hagen, Geschichte der Diözese Rottenburg, 2. Band, Stuttgart 1958, S. 82, führt aus, dass in Thomas Vogts Zeit als Vorstand des Priesterseminars „der Sailersche Geist unmittelbar auf die Erziehung der künftigen Geistlichen wirkte." Sailers Veröffentlichungen waren auch in großer Zahl in der privaten Bibliothek von Thomas Kratzer zu finden: Nachlassinventar, Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd
78 in: Thomas Vogt, Predigten auf alle Sonntage des Jahres, gehalten in der Stadtpfarrkirche zu Schwäbisch Gmünd von Johann Thomas Vogt, 1. Band, Gmünd 1807, Vorrede, S. IV
79 StAL Bestand D 23 – Organisationskommissionen G 1, 1802-1803
80 er lebte von 1726-1802.
81 Schr. v. 24.2.1784, DARB, Bü. 44, Um 3
82 Ratsprotokolle, 9.4.., in intimo, S. 133
83 Ratsprotokolle, 14.1.1802, S. 11, in pleno, aaO
84 Philipp Ludwig Hermann Röder, Geographie und Statistik Wirtembergs, Bd. 2, Ulm 1804, S. 84 ff., zit. bei wikisource
85 StAL Bestand D 23, aaO
86 ebd.
87 zu Röders Kritik s. d. Rezension in der Zeitschrift: Allgemeine geographische Ephemeriden, Bd. 13, Weimar 1804, auf S. 330, wo sie „Härten des Urteils oder des Styls" bemängelt.
88 Kronologische Nachrichten, aaO, S. 214
89 s. D. Debler, V. 2, 518
90 aaO, V.2, 494
91 Predigten auf alle Sonntage des Jahres..., 2. Bd., Gmünd 1808, Vorrede, S. V f.
92 Predigten auf alle Sonntage des Jahres..., 2. Bd., 2. Aufl., Gmünd 1812, S. VII
93 Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd
94 Schreiben von Thomas Kratzer vom 12.4.1807, DAR B I. 2a, Bü 60, Um 15
95 er lebte von 1756-1836.
96 s. dazu Dom. Debler, V.2, 520
97 zur Armut der Bürger etwa die immer wiederkehrende Supplikation von Bürgern „in bedrängten und armseligen Umständen" um eine Hospitalpfründe, s. etwa Ratsprotokolle, 4.1.1800, S. 2, aaO
98 18.7.1797, Ratsprotokolle, S. 500, 504, 508, aaO. 1798 wurde Kratzer Stiftspropst als Nachfolger Franz Xaver Deblers (s. Ratsprotokolle, aaO, 19.6.1798, S. 184 Rs.)
99 17.1.1798, Ratsprotokolle, S. 20, Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd, s. auch Promemoria Kratzers v. 29.8.1799, Ratsprotokolle, S. 164, aaO
100 o.D. ~ 1800, offenbar Entwurf eines Briefs an die Stadt mit der Überschrift: „Woher das Sittenverderbnis in Gmünd", Abschrift bei Weser, Chroniken, hdschr. Mskr., S.116 Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd
101 s. etwa Ratsprotokolle v. 1.2.1800, S. 37, aaO mit dem Fall der Frau, welche „die Lustseuche im höchsten Grad" hatte.
102 ebd.
103 26.1.1799, Ratsprotokolle, S.29, aaO
104 ebd.
105 29.1.1799, Ratsprotokolle, S.34 , aaO
106 ebd.
107 Ratsprotokolle, 17.1.1798, aaO

108 ebd.
109 offenbar Entwurf, dat. 10.7.1816, Abschrift bei Weser, Chroniken, aaO, S.121
110 11.7.,S. 79 f., in intimo, aaO
111 Danach stand auf „vorsätzlichen Selbstmord" die Strafe „privationis sepulturae ecclesiasticae", also die Verweigerung eines kirchlichen Begräbnisses
112 ebd.
113 Dom. Debler, V.2, 782
114 Schreiben v. 20.2.1807 an den Pfarrer von Bargau, und weitere Briefe an Priester zur Versehung ihres Amtes, „Conceptbuch" Kratzers ab 1805, Münsterarchiv aaO
115 August Hagen aaO, Bd. 1, 1956, S. 209
116 s. etwa Ratsprotokolle v. 31.8.1799, S. 167: Zuweisung eines Zimmers an die geisteskranke Frau des Joseph Büchler
117 F.X.Debler, aaO, S. 168, 171
118 UASp. A 13
119 Dom. Debler, aaO, V.2, 399
120 für viele s.: Ratsprotokolle vom 22.1.1783, S. 97, vom 5.7.1797, S. 467, vom 18.12.1798, S. 388, vom 11.4.1799, S. 86 R, vom 14.1.1800, S. 8
121 StAL B 178, Bü 116, S. 749, Kopie im Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd
122 Dafür spricht auch die Anmerkung von Dom. Debler, aaO, V.1, 249, im Jahr 1779 habe man das Betteln in der Stadt verboten, wobei diese Jahreszahl nicht stimmt, sondern 1777 anzunehmen ist.
123 Ratsprotokolle, S. 31, außerordentliche Sitzung
124 Ratsdekret vom 30.8.1785, Münsterarchiv, Kopie im Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd; D. Debler, aaO, V.1, 258, der ein Dekret von 1784 nennt, aber wohl das von 1783 meint.
125 ebd.
126 Armenkasse - Rechnungen, Münsterarchiv, 2.6.1.1
127 Dom. Debler, aaO, V.1, 269
128 Ratsprotokolle, S. 361 R
129 ebd.
130 Ratsprotokolle v. 29.12.1798, S. 412
131 Ratsprotokolle, 4.2.1800, in pleno, S. 40 R
132 s. Johann Nepomuk Denkinger: Das Spital des hl. Geistes in der früheren Reichsstadt Schwäbisch Gmünd und seine Verwaltung in: Alfred Wörner: Das Städtische Hospital zum hl. Geist in Schwäbisch Gmünd in Vergangenheit und Gegenwart, Tübingen 1905, S. 183
133 Dom. Debler, XIII, 479 mit einzelnen Beispielen; s. auch ähnlich lautende Äußerungen des württembergischen Hofrats Sattler v. 9.12.1802, Akten Oberlandesregierung, StAL D 1, Nr.997
134 August Hagen, aaO, Bd. 1, 1956, S. 427 bezeichnet Kratzer als eine „Karitasgestalt".
135 ihm folgend: Deibele: Die Freilegung der Deckenbemalung im Münster in: Gmünder Heimatblätter (GHBl.), 1961, S. 14 f.
136 Debler, aaO, V.2, 494
137 s. Deibele: Die Kapellen in Schwäbisch Gmünd von einst und jetzt, Schwäbisch Gmünd 1971, S. 68
138 s. dazu Deibele: Der Salvator in den Stürmen der Aufklärung in: GHBl. 1965, S. 52 ff.
139 Die Meinung Strobels in: Die Kunstdenkmäler in Baden-Württemberg, Schwäbisch Gmünd, Bd. 1, 2003, S. 187, 190, die Reichsstadt habe dies in Furcht vor der späteren Mediatisierung getan, um sich das Wohlwollen des Herzogs zu sichern, erscheint eher eine Vermutung ex post zu sein.
140 Das Inventar von 1790 nennt 13 Altäre neben dem Hochaltar, s. Strobel, aaO, S. 190
141 aaO, V.2, 492 und 495
142 Debler, V. 492: Statt ihrer wurden Skulpturen der Mutter Gottes, sowie der Apostel Johannes, Petrus und Paulus an die Säulen gesetzt.

143 s. dazu Rechnung der Stiftskirchen Fabrique Pfleg 1801, Münsterarchiv Schwäbisch Gmünd, wo bei den Einnahmen auf S. 27 Erlöse aus dem Einschmelzen verschiedener Votivgaben, Gefäße und Rosenkränze von Mariä Kindbett zu finden sind.
144 aaO, V.2, 496
145 *V.2, 752*
146 V.2, 499
147 VII, 308
148 V.2, 520
149 Strobel – Die Restaurierung der Johanniskirche in Schwäbisch Gmünd 1869-1880 in: Gmünder Studien, Bd.4, 1993, S. 163
150 s. Strobel, aaO, S. 195
151 zitiert in: Gmünder Studien, Bd. 4, 1993, S. 229 f.
152 so Hermann Mager: Das Heilig-Kreuz-Münster in Schwäbisch Gmünd und seine Gemeinde, 1951, S. 84
153 Rechnung der Stiftskirchen Fabrique Pfleg 1785, Münsterarchiv aaO
154 Stiftskirchen Fabrique Pfleg, Rechnungen 1787-1801, aaO
155 Stiftskirchen Fabrique Pfleg, Rechnung 1801, aaO
156 Dom. Debler, V.2, 464 im Jahr 1801 – „ohne Interesse" meint im damaligen Sprachgebrauch „uneigennützig"
157 Ratsprotokolle und Extrakte aus den Jahren 1796-1797, Ratsprotokoll vom 16.8.1796, StAL B 178/Bü 106
158 Ratsprotokoll v. 5.8.1796, aaO
159 Ratsprotokoll, 16.8.1796
160 ebd.
161 Ratsprotokoll vom 19.8.1796, aaO
162 ebd.
163 Sitzung der Deputation vom 20.8.1796, vormittags, aaO
164 Sitzung der Deputation vom 20.8.1796, nachmittags, aaO
165 Sitzung der Deputation vom 22.8.1796 und Beilage B hierzu, aaO
166 Protokolle v. 14.9.1796 und 23.9.1796, aaO
167 Sitzung vom 11.9.1797, aaO
168 ebd.
169 ebd.
170 Sitzung vom 18.9.1797, aaO, auch DAR B Bü 47/Um 2
171 seitens der Augustiner unter dem Vorbehalt, dass ihr Anteil an sich zu groß sei und daher für künftige Forderungen unpräjudizierlich sein müsse, ebd.
172 s. entsprechende Beurkundungen vom Februar 1800 und vom Dezember 1801, Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd, XX
173 Deputationssitzung v. 21.1.1800, Ratsprotokolle, S. 15
174 19. März 1800, DAR B Bü 54/Um 9
175 29. März 1800, ebd.
176 Ratsprotokolle, 19.4.1800, in intimo, S. 93
177 Schreiben von Thomas Kratzer vom 27.4.1800, aaO; s. dazu auch Dom. Debler, V.2, 413
178 erste Strophe eines Lieds, gesungen von Schülerinnen bei der Beisetzung von Thomas Kratzer, zit. nach Dom. Debler, XVII, 155
179 vom Ellwanger Dekan Anton Huberich
180 zum Vorgang dieser Anhörung: Max Miller: Die württembergische Bischofswahl im Jahre 1822 in: Freiburger Diözesanarchiv, Bd. 63 (1935) S. 121
181 Nr. 8, erworben 1809
182 Sterberegister, zit. bei Hermann Mager, aaO, S. 85